

fzs-MV

57. Mitgliederversammlung des fzs – 3. bis 5.
März '17 in Kassel

Reader vor der 57. MV

Stand: 2. Februar 2017

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
TOP 5: Berichte	5
57-5-1-1 Bericht des Vorstands	5
57-5-3-1 Bericht des Ausschusses Verfasste Student*innenschaft /Po- litischesMandat zur 57. MV	19
57-5-3-2 Bericht des Ausschuss Sozialpolitik	23
57-5-3-3 Bericht des Ausschusses für Frauen*- und Genderpolitik . . .	25
57-5-3-4 Bericht Ausschuss Finanzen	27
57-5-3-5 Bericht Ausschuss Internationales	29
TOP 7: Inhaltliche Anträge	30
57-7-I1 Gegen Bildungshindernisse in Baden-Württemberg- rassistischeundunsoziale Studiengebühren verhindern!	30
57-7-I2 Stellungnahme zum Brexit	33
57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren	36
57-7-I4 Solidaritätsbekundung für DITIB-kritische Veranstaltung . .	38
57-7-I5 Eine feministische Kritik am Urheberrecht	40
57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus	45
57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren	51
Änderungsantrag 57-7-I3-5	51
TOP 8: Strukturelle Anträge	52
57-8-St1 Politische Schlagkraft des Verbands durch stärkere Einbrin- gung derMitglieder erhöhen!	52
57-8-St2 Genderbudgeting	55
57-8-St3 Einrichtung eines Arbeitskreises Politische Bildung	57
57-8-St4 Beitritt zum BdWi	59
57-8-St5 Einrichtung einer Arbeitsgruppe: Neufassung der Satzung . .	60
TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen	62
57-9-1-SÄ1 Änderungsantrag zu § 2 der Satzung des fsz	62

57-9-2-GO1 Anpassung der Redeliste an die Vereinspraxis 63

57-5-1-1

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Vorstands

1 Wir haben in den vergangenen Monaten die Arbeit zu den Themen des fzs
2 fortgesetzt sowie Seminare zur Weiterbildung und politischen Bildung veran-
3 staltet.

4 **Bildungsarbeit**

5 Im Bewusstsein, dass politische Veränderungen, die dringlicher denn je sind,
6 sich nur erreichen lassen, wenn wir uns organisieren und gemeinsame Ziele
7 verfolgen, und eine wichtige Grundlage dafür der Raum für inhaltliche Ausein-
8 andersetzungen mit anderen ist, haben wir uns in den letzten Monaten auf die
9 Planung und inhaltliche Ausgestaltung der vom fzs organisierten und geför-
10 derten Bildungsangebote konzentriert. Jedoch erfüllen auch die schönsten und
11 mit viel Bedacht geplanten Räume für gemeinsame Theorie- und Bildungsar-
12 beit ihren Zweck nicht, wenn sie leer bleiben.

13 Von diesen Überlegungen getragen, haben wir sehr frühzeitig die Termine für
14 unsere Wochenendveranstaltungen festgelegt. So konnten wir den Kalender
15 für das Jahr 2017 mit so gut wie allen Seminar-, Konferenz-, Kongress- und
16 Campterminen des fzs bis in den September füllen. Diese vorausschauende
17 Planung ist ein Teil eines Konzeptes, um mehr Menschen für unsere Angebote
18 zu begeistern und nachhaltig für den Verband zu gewinnen. So versuchen wir
19 auch, so zeitig wie möglich die Programme der einzelnen Veranstaltungen auf
20 der Internetpräsenz des Vereins zu veröffentlichen. Ebenso werden wir nicht
21 nur online sondern auch auf Papier für geeignete Veranstaltungen werben.

22 Die inhaltliche Planung der Veranstaltung ist bisher in möglichst enger Abstim-
23 mung mit Verbandsaktiven, die die jeweiligen Themen bearbeiten, passiert. So

24 sind die Mitglieder des Vorstandes hier vor allem Ansprechpartner*innen bei
25 Fragen rund um den organisatorischen Rahmen. Wir koordinieren die Planun-
26 gen und behalten den Überblick. Die Planung, Durchführung und Nachberei-
27 tung von Bildungs- und Organisationsangeboten konnten so dazu beitragen,
28 dass sich Aktive vernetzen und weiterbilden.

29 Im Einzelnen haben wir uns in den letzten Monaten mit der Planung folgender
30 Seminaren und Veranstaltungen beschäftigt.

31 **Kongress zu kritischer Perspektive auf Studieninhalte**

32 Die gemeinsamen Planungen mit dem Ausschuss Studienreform waren bereits
33 zu Beginn der Amtszeit weit fortgeschritten. Der geplante Veranstaltungster-
34 min im Dezember 2016 ließ sich leider nicht umsetzen, da die beantragte För-
35 derung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung nicht erfolg-
36 te. Es besteht weiterhin das Ziel den Kongress auszurichten. Der Ausschuss
37 Studienreform und der Vorstand bemühen sich um die Weiterentwicklung der
38 Konzeption und die Einwerbung von Drittmitteln. Sollte eine Umsetzung in
39 der laufenden Amtszeit nicht möglich sein, so besteht der Plan, den Kongress
40 im nächsten Jahr stattfinden zu lassen.

41 **Aktionskonferenz: Wie Feminismus organisieren**

42 Die zahlreichen inhaltlichen Debatten mit Aktiven u.a. aus dem Ausschuss
43 frauen- und genderpolitik, die Auseinandersetzungen im Rahmen der Arbeit
44 im Verband, so wie der Beginn einer gemeinsamen Problemanalyse haben letzt-
45 lich dazu geführt, im späten Frühjahr diesen Jahres eine feministische Akti-
46 onskonferenz zur Organisationsfrage auf die Beine zu stellen. Dem Ausschuss
47 frauen- und genderpolitik wird dabei im Rahmen der finanziellen und orga-
48 nisatorischen Möglichkeiten weitestgehend freie Hand gelassen. Der Vorstand
49 beteiligt sich hier vor allem als Unterstützung und nicht in der Federführung,
50 so dass sich möglichst viele Aktive an der Planung einer mittelgroßen Bildungs-
51 und Vernetzungsveranstaltung auf Bundesebene ausprobieren können.

52 Schwerpunkt der Konferenz sollen internationale feministische Bewegungen
53 sein, die über die „klassischen Frauen*themen“ hinausreichen. So sollen im
54 Rahmen einer feministisch gestellten Organisationsfrage aktuelle globale Ent-
55 wicklungen in Zusammenhang gestellt und bearbeitet werden, wie zum Bei-
56 spiel die Verschärfung von sozialen Ungleichheiten, Klimawandel, reproduktive
57 Rechte und Flucht.

58 **Noch 1 mehr vong de Bildung her**

59 Die Bildungsarbeit des Verbandes beschränkt sich nicht nur auf Veranstaltungen,
60 sondern auch auf die konkrete inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen und
61 Arbeitskreisen. Hier hat der Vorstand auch die Funktion wahrgenommen, auf
62 neue oder anstehende Themen hinzuweisen und diese wenigstens überblicks-
63 mäßig soweit vorzubereiten, dass es den Interessierten möglich ist, sich anhand
64 des bereitgestellten Wissens in die Themen einzuarbeiten und ihr Wissen dazu
65 zu vertiefen. Es gilt dabei möglichst viele mitzunehmen und auch für Inhalte zu
66 begeistern. Als Thema der letzten Monate ist hier exemplarisch das Dilemma
67 rund um den Unirahmenvertrag und das Urheber*innenrecht zu nennen.

68 Gemeinsam mit dem Ausschuss der Student*innenschaften wurde in den letz-
69 ten Monaten auch damit angefangen, die Bedeutung von politischer Bildung
70 für Student*innenschaften zu erfragen und deren Rolle im fzs für Mitglieder
71 besser zu fassen. Allerdings stehen wir hier erst am Anfang einer selbstreflexi-
72 ven Befassung mit unserem Bildungsangebot, so dass hier noch keine Ergeb-
73 nisse vorhanden sind.

74 Des Weiteren sind im Moment zwei Seminare in Zusammenarbeit mit Stu-
75 dent*innenschaften geplant. Mehr dazu erfahrt ihr, sobald die Pläne so weit
76 vorangeschritten sind, dass wir damit an die Öffentlichkeit gehen können.

77 **Arbeit gegen soziale Ausgrenzung- und Herrschaftsverhältnisse**

78 Auf Bitte des 55. Ausschuss der Student*innenschaften hat der Vorstand zu-
79 nächst grundlegende Literatur zum Thema Antisemitismus zur Verfügung ge-
80 stellt. In der Auseinandersetzung damit wurde der Bedarf nach inhaltlicher
81 Weiterbildung geäußert, so dass es in Zusammenarbeit mit dem AS auf der
82 57. Mitgliederversammlung Workshops zum Thema angeboten werden. Eben-
83 so besteht der Plan mit einschlägigen Strukturen Kontakt aufzunehmen, um
84 auszuloten, inwiefern es möglich ist, Bildungs- und Informationsangebote zu
85 schaffen, die eine studentische Zielgruppe ansprechen.

86 Dem Themenkomplex Ableism wollen wir uns in der zweiten Jahreshälfte zu-
87 wenden und dazu Kontakt zu betroffenen Student*innen suchen. Zusätzlich
88 gilt es sich Überblick über bereits vorhandene Daten zu verschaffen und gege-
89 benenfalls selbst neue Daten zu sammeln.

90 Gut anschlussfähig ist hier die bereits seit wenigstens zwei Jahren laufende
91 Auseinandersetzung mit Leistungszwang und Zwangsmaßnahmen an Hoch-
92 schulen und allgemein im Bildungswesen und der Gesellschaft.

93 Wenn es um Herrschafts- und Ausgrenzungsverhältnisse geht, müssen wir uns
94 auch immer selbst daraufhin prüfen, unsere theoretischen Überlegungen hinter-

95 fragen und unsere politische Praxis reflektieren. Wir haben uns in den letzten
96 Monaten bemüht, die Mitarbeit im Verband zu vereinfachen bzw. zugänglich zu
97 gestalten. Jedoch muss diese Arbeit noch weiter systematisiert werden, um den
98 Verband tatsächlich inklusiv zu gestalten. Dabei ist dem Vorstand die Zusam-
99 menarbeit mit den Antidiskriminierungsbeauftragten weiterhin sehr wichtig.
100 Die Reflexion der Verbandspraxis spielt auch in der Zusammenarbeit mit dem
101 Rat beim Punkt Organisationsentwicklung eine große Rolle. Konkrete Ergeb-
102 nisse können wir hier jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorlegen.

103 **[Re-]Produktions-/Arbeitsverhältnisse**

104 Die Beschäftigung mit [Re]Produktionsverhältnissen hatte in den letzten Mo-
105 naten vielerlei Gestalt.

106 Am offenkundigsten ist hier wohl das Dilemma rund um den Unirahmenvertrag
107 und das Urheber*innenrecht. Die Befassung mit diesem Themenbereich fördert
108 schnell studentische Belange wie Studienfinanzierung, soziale Öffnung und In-
109 klusion an Hochschulen und auch studentische Arbeitsverhältnisse zu Tage. Die
110 offensichtlichsten Überlegungen drehen sich hier darum, dass ein erschwerter
111 Zugang zu Literatur, der mit einem hohen Zeitaufwand verbunden ist, vor
112 allem jene ausschließt, die erwerbstätig sein müssen, um ihr Studium zu finan-
113 zieren, Sorgearbeit an anderen Menschen leisten oder einen erhöhten Bedarf
114 an Sorgearbeit an ihrer eigenen Person haben. Jedoch war schnell klar, dass
115 eine solche Kritik nur an der Oberfläche eines bedeutend größeren Problems
116 kratzt. Nämlich jenem der Verhältnisse, in denen Wissen_schaft produziert
117 wird. Nachdem sich allerdings schnell herausgestellt hat, dass es sich dabei
118 um ein Thema handelt, was besser in einer Gruppe diskutiert wird, wurde der
119 hier der Ausschuss frauen- und genderpolitik gebeten, sich damit auseinander-
120 setzt. Das Ergebnis eben dieser Auseinandersetzung wird als Antrag auf der
121 57. Mitgliederversammlung eingereicht.

122 Auch haben wir uns für das Bündnis Lernfabriken... meutern! beim Grün-
123 dungskongress der Gewerkschaft Unter_bau an der Uni Frankfurt (am Main)
124 als Diskutant*innen zum Thema „Die Transformation organisieren – Bündnis-
125 se gegen die neoliberale Hochschule“ beteiligt. Dort hatten wir die Möglichkeit
126 uns mit Aktiven von Solidair-e-s Etudiant-e-s, Unter_bau, dem Netzwerk für
127 gute Arbeit in der Wissenschaft und dem Forum kritische Wissenschaft aus-
128 zutauschen.

129 Desweiteren behalten wir die Tarifverhandlungen im Bildungsbereich im Blick
130 und planen im nächsten halben Jahr die Zusammenarbeit mit studentischen
131 Hilfskraftinitiativen an Hochschulen wieder zu intensivieren.

132 Allerdings ist auch die alltägliche politische Arbeit von der Konfrontation
133 mit [Re]produktionsverhältnissen geprägt. Als Vorstand befinden wir uns zum
134 einen in der Situation, selbst Arbeitgeber*innen zu sein. In einem Zweier-
135 team ist es auch nicht möglich sich dieser Aufgabe zu entziehen, so dass sich
136 die Frage nach guten Arbeitsbedingungen nicht nur als Forderung an Andere
137 sondern auch an uns selbst wendet. Jedoch darf die Konfrontation mit dieser
138 Aufgabe nicht zu einer Verwässerung der eigenen Forderungen werden. Diesem
139 Anspruch gerecht zu werden, hat in den letzten Monaten auch in Zusammen-
140 arbeit mit dem AS einiges an Zeit in Anspruch genommen. Mehr dazu könnt
141 ihr im Kapitel Geschäftsstelle lesen.

142 **Landtags- und Bundestagswahlen**

143 Der Vorstand plant die anstehenden Landtagswahlen im Austausch
144 beziehungsweise in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesstu-
145 dent*innenzusammenschlüssen kritisch zu begleiten. Gemeinsam mit den
146 Verbandsaktiven und Interessierten sollen Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl
147 entwickelt werden. Der Aufruf hierzu soll bis zur Mitgliederversammlung
148 verschickt werden.

149 **Antirassismus / Antifaschismus**

150 Die Planungen für das festival contre le racisme haben an einigen Hochschu-
151 len bereits begonnen. Im Rahmen des Vernetzungs- und Vorbereitungstreffens,
152 wurde der 15. Mai bis 11. Juni als Aktionszeitraum abgestimmt. Die Ausein-
153 andersetzung mit Burschenschaften und den Strukturen der neuen Rechten in
154 Deutschland im Kontext aktueller Debatten und gesellschaftlicher Dynamiken
155 wurde weitergeführt. Dabei wurden außerdem Unterschiede und Gemeinsam-
156 keiten zum klassischen Neonazi-Spektrum aufgezeigt sowie die Bedeutung und
157 der Zusammenhang mit aktuellen reaktionären Bewegungen veranschaulicht.

158 Vor dem Hintergrund nationaler und europäischer Grenzpolitik, Asyl- und
159 Aufenthaltsgesetzgebung und somit einer intensivierten Abschottungspolitik
160 staatlicher Strukturen wurde über das Verhältnis zwischen staatlicher und in-
161 dividueller Ab- und Ausgrenzung diskutiert. Als Schwerpunkt für die diesjäh-
162 rige Kampagne wurde der Themenkomplex „Identitäten“ gewählt. In diesem
163 Zusammenhang sollen die begonnen Diskussionen über Abgrenzungspolitiken
164 und Gruppenverständnisse im Verhältnis zur Persönlichkeitsentwicklung, ins-
165 besondere im Kontext aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen sowie damit
166 verknüpften Diskursen zu kulturellen und sozialen Ausschlüssen weitergeführt
167 werden. Die begonnene Auseinandersetzung mit Hochschulen als Orte von

168 Ideologieproduktion, wird weitergeführt. Der Verband ist hier bereits in der
169 Lage basale Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen.

170 Außerdem sind die Themenbereiche antifaschistische Bildungsarbeit und – po-
171 litik, welche um feministische Ansätze der Veranstaltungskonzeption erweitert
172 wurden, weiter in die Gestaltung des Seminarangebots und die Vorstandsarbeit
173 geflossen. So wurde für ein studentisches Seminar der DGB Jugend ein Vor-
174 trag zu deutschnationalistischen Kontinuitäten in studentischen Verbindungen
175 und deren Verhandlungen mit der Alten und Neuen Rechten erarbeitet und
176 gehalten.

177 Wie die feministischen Positionen des Verbandes besser in der Verbandsarbeit
178 umgesetzt werden können, und Feminismus so vom Papiertiger zu einer fe-
179 ministischen Praxis werden kann, wurde vor allem im Ausschuss frauen- und
180 genderpolitik, dem Ausschuss Finanzen und den einzelnen Planungsgruppen
181 von fzs-Veranstaltungen besprochen. Hier hat der Vorstand die Diskussionen
182 teilweise durch Informationsbeschaffung unterstützt oder sich durch Theorie-
183 arbeit und Einblicke in die Vorstandsarbeit eingebracht.

184 **Anhörungen / Parlamentarische Arbeit**

185 Wir haben mehrere Gespräche mit den bildungs-, wissenschafts- und famili-
186 enpolitischen Sprecher*innen der Bundestagsfraktionen geführt und u. a. über
187 die Themen Mutterschutzrecht, Bundesteilhabegesetz, Urheberrecht und Digi-
188 talisierung sowie BAföG diskutiert.

189 Neben den parlamentarischen Gesprächen haben wir seit der letzten ordentli-
190 chen Mitgliederversammlung haben wir zu den folgenden Gesetzes- und Ver-
191 ordnungsentwürfen Stellungnahmen abgegeben und uns an mündlichen Anhö-
192 rungen beteiligt.

- 193 ● Die Stellungnahme zum Entwurf des saarländischen Hochschulgesetzes,
194 greift die grundlegenden Forderungen des fzs zu den Themen Personal-
195 politik, Gremien, Forschung und Anwesenheitspflicht auf und bezieht
196 ergänzend zu den spezifischen Regelungsansätzen des Entwurfs Stellung.
- 197 ● Auf Einladung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und For-
198 schung des Landtags NRW wurde eine Stellungnahme zum Thema Ak-
199 kreditierung abgegeben. Die Positionierung des fzs wurde ergänzend im
200 Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses präsentiert.

- 201 • Gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde zum
202 Entwurf der Mindestlohnanpassungsverordnung, eine Stellungnahme ab-
203 gegeben die die Verbandsposition darstellt.
- 204 • Zum „Entwurf eines Gesetzes und der Verordnung zur Umsetzung auf-
205 enthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zu Saisonarbeit-
206 nehmern, unternehmensintern Transferierten sowie Forschern, Studen-
207 ten, Praktikanten und europäischen Freiwilligen“ haben wir uns in einer
208 schriftlichen Stellungnahme an das Bundesministerium des Inneren ge-
209 äußert. Die Stellungnahme beinhaltet grundsätzliche Anmerkungen zur
210 deutschen und europäischen Gesetzgebung in den Bereichen Asyl- und
211 Aufenthaltsrecht, zur (finanziellen) Situation internationaler Studieren-
212 der, insbesondere Free Mover und der Forderung für einen freien Zugang
213 zu Bildung auf allen Ebenen. Ergänzend wurden die angedachten Ände-
214 rungen der beiden Entwürfe zur Implementierung europäischer Richtli-
215 nien in nationales Recht kommentiert.
- 216 • Zuletzt hat der Vorstand sich zum Entwurf der geplanten Änderung des
217 Landeshochschulgebühren- und Akademiegesetz Baden-Württemberg
218 auf Aufforderung durch das zuständige Wissenschaftsministerium geäu-
219 ßert. Die Stellungnahme des fzs spiegelt die grundsätzliche Positionierung
220 des Verbandes wieder und bringt eindeutig zum Ausdruck, dass jegli-
221 che Formen von Bildungsgebühren abgelehnt werden. Auf die Einzelnen
222 Regelungen des Entwurfs und die durch das Ministerium vorgelegte Be-
223 gründung sowie den artikulierten Sachzwängen sind wir im Rahmen der
224 eigenen Stellungnahme nicht eingegangen. Auch wurden keinerlei An-
225 merkungen und Vorschläge gemacht, wie die Gebühren vermeintlich so-
226 zial verträglicher gestaltet werden können. Wir sind der Auffassung, dass
227 Studiengebühren unter keinen Umständen sozial verträglich sein können.
- 228 • Ergänzend haben wir Stellungnahmen zu den Ausschussbehandlungen/-
229 anörungen zum Mutterschutz- und Bundesteilhabegesetz in Bundestag
230 und Bundesrat abgegeben und diese im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
231 begleitet.

232 Sämtliche Stellungnahmen werden bis zum Mitgliederversammlung auf der fzs-
233 Homepage abrufbar sein.

234 Im Rahmen der letzten Sitzung des Arbeitskreises „Deutscher Qualifikati-
235 onsrahmen“ gab es einen Austausch und Diskussionen mit Vertreter*innen

236 von Bund, Ländern, Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen. Diese befass-
237 ten sich mit den „Empfehlungen der Europäischen Kommission zum Europäi-
238 schen Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen (EQR)“ und der „neuen
239 europäische Agenda für Kompetenzen (Untertitel: „Humankapital, Beschäfti-
240 gungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken“)“. Zudem wur-
241 den Entscheidungen über die Zuordnung von vorgeschlagenen Qualifikationen
242 zu den Niveaustufen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) getroffen
243 und abschließend über die Entwürfe über künftige Verfahren zur Zuordnung
244 von Qualifikationen des formalen und nicht-formalen Bereichs, diskutiert.

245 Der Vorstand hat ebenfalls weiter die Arbeit der AG „Fortführung des Bologna-
246 Prozesses“ der Kultusministerkonferenz begleitet und im Rahmen der letzten
247 Sitzung am 08. November 2016 aus Verbandsperspektive den Sachstand und
248 Handlungsbedarf zum Themenkomplex „Studierende als ‚full member‘ der aka-
249 demischen Community“ eingebracht. Diesbezüglich läuft aktuell eine Abfrage
250 an die Länder, welche auf einer der folgenden Sitzungen präsentiert werden
251 soll. Die AG hat sich darüber hinaus mit den Themen „Qualitätssicherung in
252 Deutschland“, „Anerkennung und Kompetenzorientierung“, „Employability“
253 (hier Qualitätsstandards für Praktika) und „Digitalisierung im Hochschulbe-
254 reich“ beschäftigt.

255 Die nächste Sitzung der AG wird sich im Mai u. a. mit dem Thema „student
256 centred learning“ auseinandersetzen.

257 Eine Positionierung zum Entwurf des Urheberwissenschaftsgesetzes (Ur-
258 hWissG) ist gemeinsam mit dem AK UrhG geplant. Weitere Gespräche mit
259 Parlamentarier*innen sowie Akteur*innen in thematisch zuständigen Ministe-
260 rien sind geplant.

261 **Lernfabriken . . . meutern!**

262 Der Vorstand unterstützt weiterhin das Bündnis Lernfabriken . . . meutern!
263 Seit der MV fanden drei Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen (16.-19.09.,
264 07.-09.10., 28.-30.10.) in Duisburg und diverse Telefonkonferenzen statt. Dort
265 wurde u. a. die Bildungsprotestkonferenz welche vom 18.11.-20.11.16 in Essen
266 stattfand, geplant.

267 An der Konferenz nahmen neben Student*innen auch Schüler*innen, vereinzelt
268 Auszubildende, Gewerkschaftler*innen und Lehrer*innen teil. In ihrem Rah-
269 men wurde über einen gemeinsamen Entwurf für ein Strategiepapier, einen
270 Aufruf und die potentielle Zeitschiene sowie die weitere Organisationsform für

271 die kommenden Bildungsproteste diskutiert. Andererseits wurde der Zusam-
272 menhang zu anderen gesellschaftlichen Problemlagen aufgezeigt, mit denen
273 progressive politisch Interessierte und Engagierte sich aktuell befassen.

274 Der Vorstand versucht nach seinen Möglichkeiten das Bündnis zu unterstützen.
275 Außerdem wurde in Absprache mit dem AS eine Stelle zu verbandsseitigen
276 Koordination des Bündnisses eingestellt. Wir stehen in engem Kontakt mit
277 der Koordinationsstelle und versuchen uns nach Kräften selbst im Bündnis
278 einzubringen.

279 Lernfabriken... meutern! stellt für den fzs eine wichtige Säule im Bereich
280 der politischen Bildung und Organisierung dar, da das Bündnis das gesam-
281 te (Aus)Bildungswesen in den Blick nimmt und wir darüber mit Menschen
282 in Kontakt kommen, die in der hochschulpolitischen Blase üblicherweise nicht
283 aktiv sind und zu dieser auch aufgrund der herrschenden Verhältnisse keinen
284 Zugang haben. Hier verstehen wir den fzs auch Plattform, der die Bündnisar-
285 beit durch die Bereitstellung von Infrastruktur erleichtert. Unsere Beteiligung
286 in den letzten Monaten spiegelt diese Überzeugungen leider nur unzureichend
287 wieder, so dass wir dem Bündnis jetzt wieder bewusst eine größere Bedeutung
288 zumessen müssen und uns entsprechend einbringen.

289 Der Folgekongress wird vom 17.-19. März in Frankfurt am Main stattfinden.

290 **Feminismen konsequent denken und umsetzen**

291 Wie bereits an verschiedenen Stellen dieses Berichtes erwähnt, hat feministi-
292 sche Arbeit in den letzten Monaten eine große Rolle gespielt. Diese spiegelt sich
293 auch in den Anträgen zu dieser Mitgliederversammlung wieder. Jedoch werden
294 auch Praxen des letzten Jahres fortgeführt, wie die vorzugsweise Anfrage von
295 Referentinnen und die direkte Ansprache von aktiven Frauen im Verband, sich
296 einzubringen und Aufgaben zu übernehmen.

297 Dem fzs fehlen diverse Dinge, die in anderen Verbänden üblich sind. Die Ver-
298 netzung von aktiven Frauen im fzs wurde in den letzten Jahren nicht aktiv
299 vorangetrieben, eine Leerstelle, die zur 57. Mitgliederversammlung erstmals
300 wieder geschlossen werden soll. Der bereits im letzten Jahr begonnene Aus-
301 tausch mit anderen bundesweit aktiven Gruppen zum Thema Frauenförderung
302 wurde fortgeführt. Jedoch stellt sich immer wieder die Frage, ob eine solche
303 Förderung überhaupt in der Lage ist die Geschlechterverhältnisse wenigstens
304 innerhalb des Verbandes in eine feministische Richtung zu bewegen. Der Auf-
305 bau des fzs erfordert Maßnahmen, die über die Förderung von einzelnen Frauen
306 hinausgehen. Die Diskussion darum wird im Rat und dem Ausschuss für frauen-
307 und genderpolitik zusammen mit dem Vorstand fortgeführt.

308 Die Arbeit des Bündnisses gegen Pick Up „Artists“ wurde im neuen Jahr wie-
309 der aktiv aufgenommen. Nachdem letzten Winter der AStA der Uni Frankfurt
310 von einem Pick Up „Artist“ wegen identifizierender Berichterstattung in einer
311 Zeitung verklagt wurde, hat sich mithilfe des AStA und des fzs ein solidari-
312 sches, antisexistisches Bündnis gegründet, welches besagte Berichterstattung
313 ebenfalls veröffentlicht hat. Bisher wurden alle dazu anhängigen Klagen zu-
314 gunsten der Beklagten, also jenen, die die Berichte veröffentlicht haben, ent-
315 schieden. Mit diesen Strukturen wurde im Laufe der Verfahren der Kontakt
316 gehalten. Im Januar gab dann wieder einen breiteren Angriff auf das Bündnis
317 durch erneute finanzielle Forderungen an Strukturen, die im Bündnis organi-
318 siert sind. Wir stehen weiterhin solidarisch zueinander und haben das Bündnis
319 wiederbelebt. Bis zur Mitgliederversammlung gibt es hier sicherlich mehr zu
320 berichten.

321 Im September hat das diesjährige Vernetzungstreffen zu den Aktionstagen ge-
322 sellschaft macht geschlecht stattgefunden. Hier wurde ein Aktionszeitraum an-
323 gestimmt, der mittlerweile auch vergangen ist. Es wurden zahlreiche Gruppen
324 durch Material und Referent*innensuche und -anfragen unterstützt. Ebenso
325 haben wir wieder Kampagnenmaterial versendet und Gruppen konkrete Hil-
326 festellungen bei Veranstaltungsorganisation und weiteren Sachverhalten gege-
327 ben.

328 Dieses Jahr findet das Vorbereitungstreffen im Frühsommer statt, so dass die
329 Vorbereitungszeit erheblich länger ist und damit hoffentlich auch wieder mehr
330 Raum ist, neue Gruppen für unsere antisexistischen, feministischen Aktions-
331 tage zu gewinnen.

332 **Vernetzung mit Landesstudierendenzusammenschlüssen und Bun-** 333 **desfachschaftentagungen**

334 Wir versuchen, möglichst häufig persönlich an Treffen der
335 Landesstudierendenzusammen-schlüsse teilzunehmen. So wurde an Sitzungen
336 der LAK Bayern, der LAK Baden-Württemberg, der LAK Rheinland-Pfalz,
337 der KTS – Konferenz Thüringer Studierendenschaften und der KSS –
338 Konferenz Sächsischer Studierendenschaften teilgenommen. Gemeinsam mit
339 den Landesstudierendenvertretungen wurden Positionen zur VG-Wort/UrHG
340 diskutiert und ein Offener Brief zur VG-Wort-Debatte veröffentlicht.

341 Am Austausch der Landesstudierendenvertretungen nahm der fzs stets Teil
342 und diskutierte mit den Landesstrukturen über Themen von A wie Akkredi-
343 tierung bis Z wie Zulassungsrecht.

344 Ebenso haben wir die LAK BaWü aktiv durch die Erstellung und Bereitstel-
345 lung von Material bei ihren Protesten gegen Studiengebühren unterstützt und
346 haben uns an Veranstaltungen dazu beteiligt.

347 **Bündnisarbeit**

348 Der Vorstand hat das Bafög-Bündnis weiter begleitet. Mitte Februar wird der
349 alternative Bafög-Bericht veröffentlicht und eine Multiplikator*innenschulung
350 zu diesem ist für das Wochenende 17.-19. Februar geplant.

351 Die Arbeit des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und des Koor-
352 dinierungsorgans (KO) wurde weiter begleitet. Im Rahmen der Arbeit wur-
353 de die Öffentlichkeitsarbeit zur Klage einer Studentin gegen Studiengebühren
354 für internationale Studierende an der Hochschule für Musik und Theater „Fe-
355 lix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig unterstützt. Das Verfahren endete leider
356 nicht mit einer grundsätzlichen Entscheidung, da die Hochschule den Gebüh-
357 renbescheid zurückgezogen hat. Aktuell befindet sich das ABS auf der Suche
358 nach internationalen Studierenden der HMT Leipzig, welche die Klage gegen
359 die zwischenzeitlich geänderte Gebührenordnung fortsetzen wollen.

360 Gemeinsam wurde, neben mehren Briefen an Frau Bauer und die Mitglie-
361 der des Landtags BaWü sowie Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Gut-
362 achten, ein offener Brief gegen die geplanten Studien- und Bildungsgebühren
363 in Baden-Württemberg zur Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) von Bündnis
364 90/Die Grünen veröffentlicht. Dieser wurde in Münster auf der BDK und in
365 einer modifizierten Fassung ebenfalls an die Teilnehmer*innen der Landesde-
366 legiertenkonferenz (LDK) in Schwäbisch Gmünd verteilt.

367 Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Broschüre mit dem Titel „Studen-
368 tische Beiträge zu den Studierendenwerken“, welche sich mit der Entwick-
369 lung von Semesterbeiträgen zu Student*innenwerken, Wohnheimmieten und
370 -plätzen sowie der Preisentwicklung in Mensen und Cafeterien beschäftigt, in
371 Zusammenarbeit mit dem AStA Marburg und dem AStA der Goethe Uni
372 Frankfurt erstellt. Eine Aktualisierung und Neuauflage ist in Planung.

373 **Mitgliederversammlungen**

374 Seit der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung in Hannover fand am 29.
375 Januar die 56. außerordentliche Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main
376 statt. Die 56. ao. MV war durch die dringende Aufforderung zur Anpassung der
377 Satzung durch das zuständige Finanzamt im Kontext der weiteren Anerken-
378 nung, des fzs als gemeinnütziger Verein bedingt und beschäftigte sich insofern
379 mit der Anpassung von ‚§2 Zweck des Vereins‘ und der Änderung von ‚§ 52

380 Auflösung des Vereins‘. Beide Satzungsänderungen liegen zum Zeitpunkt des
381 Verfassens dieses Berichts zur Eintragung beim registerführenden Amtsgericht
382 und in Kopie bei zuständigen Finanzamt für Körperschaften.

383 Darüber hinaus ist die Vorbereitung der 57. MV zum Zeitpunkt des Verfas-
384 sens dieses Berichtes relativ weit vorangeschritten. Hierbei sind insbesonde-
385 re die, gemeinsam mit dem Ausschuss der Student*innenschaften, geplanten
386 Workshops im Themenkomplex Antisemitismus, welche am Samstagnachmit-
387 tag stattfinden sollen, hervorzuheben. Außerdem haben wir den Ausschuss
388 frauen- und genderpolitik dabei unterstützt, die notwendigen Voraussetzungen
389 für einen feministischen Infotisch und ein Frauenvernetzungstreffen zu schaf-
390 fen.

391 **Homepage**

392 Es gab ein Gespräch mit dem AK-IT, diesem wurden die uns vorliegenden
393 aktuellen Angebote weitergeleitet.

394 **Geschäftsstelle**

395 Das Vorstandsbüro wurde umgestaltet und auf zwei Arbeitsplätze angepasst.
396 In diesem Schritt wurden die teilweise defekten beziehungsweise flackernden
397 Leuchtstoffröhren der Schreibtischlampen gegen LEDs ausgetauscht.

398 Gegen die Fußkälte und den Wärmeverlust durch die großen Glasflächen im
399 Büro der Angestellten konnte noch kein probates Mittel gefunden werden.
400 Gemeinsam mit den Angestellten bemühen wir uns jedoch darum eine Lösung
401 für dieses Problem zu finden.

402 Wie üblich wurde mit der Geschäftsstelle in allen Angelegenheiten, die das
403 BMBF und die dort beantragten Seminare betreffen, sehr eng zusammengear-
404 beitet. Hierzu zählen u. a. die Anträge, sämtliche Korrespondenz, Abrechnun-
405 gen und das Berichtswesen. Die Einbindung der Geschäftsstelle bei Recher-
406 chetätigkeiten im Zusammenhang mit der Kampagnen- und Projektarbeit des
407 Verbandes wurde weitergeführt.

408 Um Arbeitsabläufe flüssiger zu gestalten, wurde vereinbart wöchentliche Te-
409 lefonkonferenzen des Teams und feste Teammeetings im Acht-Wochen-Turnus
410 einzuführen. Aufgrund krankheits- und urlaubsbedingter Ausfälle und somit
411 längerfristigem reduzierten Personalstand, war es nicht möglich diese Verein-
412 barung kontinuierlich umzusetzen.

413 Im Verlauf der bisherigen Amtszeit hat sich somit gezeigt, dass der Perso-
414 nalschlüssel bei unvorhergesehenen Ausfällen zu niedrig ist, um laufende Auf-
415 gaben decken zu können. In diesem Zusammenhang wurde in Abstimmung
416 mit dem Ausschuss der Student*innenschaften eine Assistenzstelle für die Ge-
417 schäftsstelle geschaffen. Um die neu eingerichtete Stelle und das angesetzte
418 Stundenbudget evaluieren und anpassen zu können haben wir uns dazu ent-
419 schieden diese zuerst nur bis Mitte April zu befristen. Wir behalten uns unter
420 Berücksichtigung der Angestellten und im Austausch mit dem AS vor, die
421 Stelle fortzuschreiben, aufzustocken oder umzubauen.

422 Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Vorstand versucht hat kontinuier-
423 lich mit wenigstens einer Person etwa an einem Tag in der Woche vor Ort in
424 Berlin zu sein. Das ist uns nicht durchgängig gelungen, jedoch hat sich gezeigt,
425 dass es die Zusammenarbeit und die Wahrnehmung der Verwaltungsaufgaben
426 in der Geschäftsstelle erheblich erleichtert, regelmäßig mit zwei Personen in
427 Berlin zu sein. Auch die Zusammenarbeit mit der Buchhaltung hat sich so seit
428 Beginn der Amtszeit weiter verbessert.

429 **Mitglieder**

430 Die Studierendenschaft der Evangelischen Hochschule Darmstadt hat sich im
431 Januar für eine Mitgliedschaft im fzs entschieden. Im vierten Quartal haben
432 sich zudem die Studierendenschaften der Technischen Universität Darmstadt
433 und der University of Applied Sciences Frankfurt am Main für eine Fördermit-
434 gliedschaft mit Beginn des Jahres 2017 entschieden.

435 **Publikationen**

436 Mehrere Publikationen wurden in Kooperation erstellt. So wurden mit der
437 LAK Baden-Württemberg, der VS der Uni Heidelberg und dem Ausschuss In-
438 ternationales drei Flyer gegen das Studien- und Bildungsgebührenvorhaben der
439 grün-schwarzen Landesregierung entworfen, gedruckt und verteilt. Gemeinsam
440 mit dem Aktionsbündnis gegen Studien- und Bildungsgebühren, den ASten
441 der Uni Marburg und Frankfurt wurde eine Broschüre zum Thema „Studenti-
442 sche Beiträge zu den Studierendenwerken“ veröffentlicht und verschickt (vgl.
443 Bündnisarbeit).

444 Auch im Kontext der Arbeit im Bündnis lernfabriken ... meutern wurden
445 verschiedene allgemeine und themen- und veranstaltungsspezifische Plakate,
446 Flyer und Aufkleber erstellt.

447 Zuletzt wurde der Selbstdarstellungsflyer neu aufgelegt.

448 **Rat des fzs**

449 Gemeinsam mit den Mitgliedern des Rats wurde dessen Konstituierung vor-
450 bereitet, welche anschließend vom Vorstand begleitet wurde. Auf Bitte der
451 Mitglieder des Rats erfolgte eine Zuarbeit zu den Themen Homepage und
452 Kampagnenplanung.

453 **Seminare**

454 Seit der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung haben mehrere Seminare
455 stattgefunden. Dies waren aufgrund der erhöhten Anzahl an bewilligten Semi-
456 naren in der Förderperiode 2015/2016 und der vom letzten Vorstand geplanten
457 Terminierung das Sommercamp – Proben für den großen Krach (24.-28. Au-
458 gust 2016, Berlin), das Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen der Aktionstage
459 gegen Sexismus und Homophobie (09.-11. September 2016, Lüneburg) und das
460 Einsteiger*innenseminar für Hochschulpolitik (23.-25. September 2016) welche
461 mit Unterstützung der ehemaligen Vorstandsmitglieder umgesetzt wurden.

462 Für die laufende Förderperiode (2016/2017) wurde für deutlich weniger Se-
463 minare (12) eine Förderung bewilligt. Durch die verschobene Veröffentlichung
464 der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wurde das ursprüng-
465 lich vom 25.-27. November geplante Seminar mit dem Titel „Die soziale Lage
466 bin Student*innen in Zeiten von Gentrifizierung und Mindestlohn“ auf das
467 Wochenende 21. -23. Juli 2017 verschoben.

468 Zuletzt fand das Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen zum festival contre le
469 rasicme (fclr) vom 20.-22. Januar 2017 in Berlin statt (vgl. Antirassismus).

AntragstellerInnen

Vorstand

57-5-3-1

AntragstellerInnen: Ausschuss VS/PM

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses Verfasste Student*innenschaft / Politisches Mandat zur 57. MV

1 **Ausschussmitglieder:** Jacob Bohé, Marcus D. D. Đào, Tobias Eisch, Sandra
2 Heidebrecht, Vincent Orth, Bastian Saß, Michael Schema, Dorian Tigges, Astrid
3 Wriedt

4 **Kooptiert wurden:** Dominik Graf, Pia Haupeltshofer, Florian Kombrecht,
5 Holger Rosebrock

6 Als Ausschusskoordinatorinnen wurden Sandra Heidebrecht und Astrid Wriedt
7 gewählt. Der Ausschuss hat bis zu Verschickungsfrist dreimal getagt und hatte
8 drei Telefonkonferenzen. Die Konstituierung fand gemeinsam mit den anderen
9 Ausschüssen, außer Internationales, in Freiburg statt. Die weiteren Sitzungen
10 fanden in Erfurt und Passau statt.

11 **Burschenschaften**

12 Der Ausschuss kam zu der Feststellung, dass die Burschenschaften in Deutsch-
13 land und Österreich wieder verstärkt politisch auftreten. Der Ausschuss sieht
14 dies im Zusammenhang mit dem Erstarken der sogenannten neuen Rechten,
15 in der sich auch viele Burschenschafter wiederfinden. Aufgrund der Reaktio-
16 nen auf Publikationen und Workshops war im vergangenen Jahr zu beobach-
17 ten, dass sich sämtliche Burschenschaften, auch diejenigen die nicht im DB
18 organisiert sind, besser vernetzen und koordinieren. So sind im Moment wie-
19 der gezielte und bundesweit koordinierte Aktionen gegen die allgemeine Stu-
20 dent*innenorganisation zu beobachten. Vorallem in sozialen Netzwerken gab

21 es hier große Veränderungen. Hier werden gezielt Kampagnen gegen Vorträge
22 und Workshops gefahren, die vorher in Facebook Gruppen mit mehreren tau-
23 send Burschenschaffern abgesprochen wurden. Doch auch im nicht-virtuellen,
24 im realen, Raum ist eine größere politische Aktivität von Burschenschaften zu
25 beobachten. Diese Entwicklung beobachtet der Ausschuss sehr kritisch, da das
26 Konzept des Lebensbundes und der studentischen Verbindung im Gegensatz
27 zur Verfassten Student*innenschaft steht, welche allgemein und offen für alle
28 ist. Deshalb hat der Ausschuss beschlossen, eine Broschüre zu dieser Thematik
29 herauszugeben. In dieser sollen die Verknüpfungen zur neuen Rechten, das Ver-
30 hältnis zur Verfassten Student*innenschaft, sowie der sexistische, nationalisti-
31 sche, autoritäre und reaktionäre Charakter von Verbindungen herausgearbeitet
32 und dargelegt werden. Bis zur Verschickungsfrist wurden bereits bestehende
33 Reader gesichtet und ausgewertet.

34 **Seminare**

35 Bis zur Verschickung beschäftigte sich der Ausschuss mit der Organisation des
36 Seminars "Demokratie und Wissenschaft", welches vom 21. – 23. April statt-
37 findet. Das Seminar gibt einen Überblick über die verschiedenen Organisati-
38 onsformen an Universitäten, wie die Verfasste Student*innenschaft (VS), Ge-
39 werkschaften und basisdemokratische Organisationsentwürfe. Dies wird durch
40 eine theoretische Aufarbeitung von Demokratie, demokratischen Organisati-
41 onsformen in einer pluralistischen Gesellschaft und den Austausch mit anderen
42 Gruppen erreicht. Durch die Vernetzung und Arbeit mit anderen universitär-
43 en Gruppen, soll ein Bewusstsein für den demokratischen Raum Hochschule
44 geschaffen werden. Ein weiteres Ziel des Seminars soll es sein, die eigenen Struk-
45 turen demokratietheoretisch zu reflektieren. Die studentische Selbstverwaltung
46 ist Arbeitgeber und vereint viele Ressourcen in sich. Deshalb wird sich das Se-
47 minar mit der Verfassten Student*innenschaft demokratietheoretisch ausein-
48 andersetzen und auch versuchen herauszuarbeiten, ob es innerhalb der eigenen
49 Struktur zu Machtakkumulationen kommt und inwiefern diese erwünscht sind.
50 Das Thema Arbeit soll auch beleuchtet werden. Hier betrachten wir die Rolle
51 von Student*innen als Arbeitgeber*innen in der VS. Auch der Blick auf die
52 Hochschule und deren Einfluss auf die VS wird getätigt. Hier wollen wir uns
53 anschauen, inwiefern der Wandel zur unternehmerischen Hochschule auch Ein-
54 fluss auf die Selbstorganisation hat. Doch auch die Arbeitssituation innerhalb
55 der Hochschule soll untersucht werden. Hier wird auf die Frage eingegangen,
56 inwiefern unterschiedliche Statusgruppen innerhalb der Hochschule als Konkur-
57 rent*innen um Arbeitsplätze auftauchen. In den verschiedenen Ländern und
58 an den unterschiedlichen Hochschulen gibt es unterschiedliche Strukturen und

59 hochschulpolitische Entwicklungen, die gemeinsam diskutiert und reflektiert
60 werden.

61 Bis zur Verschickung wurde der Seminarplan aufgestellt, Organisatorisches vor-
62 angebracht und die Referent*innen angefragt.

63 **Inhaltliche Arbeit**

64 Bis zur Verschickung hat sich der Ausschuss mit unterschiedlichsten inhalt-
65 lichen Dingen auseinandergesetzt. Es wurden Informationen und Wissen zu
66 den Themen "Innenrevision in der Verfassten Student*innenschaft", "Pick-
67 Up-Artists' Frankfurt – Politisches Mandat", "Beitragsautonomie", "Organi-
68 sation und Austrittswelle Verfasster Student*innenschaften in Baden Würt-
69 temberg" und "Statusgruppen als Konkurrent*innen um Arbeitsplätze an der
70 Hochschule" zusammengetragen.

71 **Bayern**

72 Auf seiner Sitzung in Passau hat der Ausschuss den Unterausschuss "VS in
73 Bayern" gegründet, da sich der Ausschuss näher mit der Thematik Studivertre-
74 tung und VS in Bayern beschäftigen will. Dieser ist hauptsächlich mit Vertre-
75 ter*innen bayerischer Student*innenschaften und (ehemalig) VS-Aktiven bes-
76 setzt. Mitglieder des Unterausschusses sind Toby, Pia, Schema, Graf, Flo und
77 Holger. Da Bayern als einziges Bundesland keine Verfasste Student*innenschaft
78 hat, sieht es der Ausschuss unter anderem als eine seiner wichtigsten Aufgaben,
79 die Entwicklungen in Bayern zu beobachten und die Student*innenschaften in
80 ihrem Kampf für die Verfasste Student*innenschaft zu unterstützen. Hierfür
81 könnte der Ausschuss auf einer bayernweiten Konferenz Input zu Thematik ge-
82 ben. Der Unterausschuss soll vor allem der strukturellen und inhaltlichen Un-
83 terstützung dienen. Bis zur Verschickung wurde der Unterausschuss in Passau
84 gegründet und mit Mitgliedern besetzt.

85 **Zusammenarbeit mit dem Vorstand**

86 Die Zusammenarbeit mit dem betreuenden Vorstandsmitglied gestaltete sich
87 sehr angenehm und produktiv. Durch die Einrichtung einer Pad-Struktur wur-
88 den Arbeitsabläufe stark vereinfacht und zusammengeführt. Auf die Wünsche
89 und Erwartungen des Ausschuss ging der Vorstand immer ein und ermöglichte
90 dadurch eine gute Zusammenarbeit.

91 **Spaß**

⁹² Trotz intensiver und langer Arbeitszeiten ist es dem Ausschuss gelungen auf
⁹³ seinen Sitzungen auch Spaß zu haben. In Erfurt war dies durch eine gemein-
⁹⁴ same Kneipentour möglich, in Passau erfreute sich der Ausschuss an einem
⁹⁵ geselligen Abend im “frei*raum“, einem selbstverwalteten Raum in Passau.

AntragstellerInnen

Ausschuss VS/PM

57-5-3-2

AntragstellerInnen: Ausschuss Sozialpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Sozialpolitik

1 Der Ausschuss hat seit der Mitgliederversammlung in Hannover zwei mal ge-
2 tagt: Während der gemeinsamen Konstituierung aller fzs-Ausschüsse in Frei-
3 burg im Oktober 2016 und im Januar 2017 in Berlin. Leider ist die dazwischen
4 geplante Sitzung im Dezember wegen mangelnder Beteiligung ausgefallen.

5 Im Rahmen der konstituierenden Sitzung wurde Amanda kooptiert.

6 In den Aufgabenbereich des Ausschusses fallen nach Absprache mit dem Vor-
7 stand die Semianre zu “Die soziale Lage von Student*innen in Zeiten von
8 Gentrifizierung und Mindestlohn“, das die Ergebnisse der Sozialerhebung dis-
9 kutieren soll, und der Bundeskongress studentischer Sozialpolitik (BUKS).

10 Das Seminar zur Sozialerhebung wurde von November 2016 auf Juli 2017 ver-
11 schoben, da die Veröffentlichung der Sozialerhebung verschoben wurde. Die
12 Veröffentlichung wird abgewartet, vorraussichtlich werden aber die Themen
13 Barrieren, Mobilität. Wohnen und Studienfinanzierung angesprochen.

14 Der Bundeskongress wird vom 5.-7. Mai 2017 statt finden. Neben der bekann-
15 ten politischen Schiene des Kongresses wird die BAföG-Schulung und das Prü-
16 fungsrechtsseminar Teil des BUKS sein. Das Oberthema des BUKS soll Zeit
17 sein.

18 Der Ausschuss hat folgende Themen zusätzlich bearbeitet.

- 19 • Mutterschutzgesetz: Die Novelierung des Mutterschutzgesetzes und Um-
20 setzung auf Landes- und Hochschulebene wurde begleitet und vorberei-
21 tet.

- 22 • Arbeitsverhältnisse an Hochschulen: Zu diesem Thema soll eine Broschü-
23 re erarbeitet werden, die für Einsteiger*innen in das Thema Beschäfti-
24 gung Grundlegendes zusammenfasst. Themen sollen dabei Arbeitsrecht,
25 Hochschulrecht, Tarifverträge, Beschäftigtengruppen und ihre Rechte
26 und Pflichten sowie die Vorstellung von Initiativen sein.

- 27 • Rente: Der Ausschuss wurde angefragt sich zum Thema Rente zu äußern.
28 Der Ausschuss hat sich Debatte zum Thema angesehen und überlegt wel-
29 che Position man aus stehender fzs Position ableiten kann. Der Ausschuss
30 wird sich auf dem BUKS dazu aufschlauern und eine Positionierung zur
31 nächsten MV vorschlagen.

- 32 • BAföG: Der Ausschuss begleitet die Debatte, beteiligt sich am BAföG-
33 Bündnis und hält Vorträge zum Thema.

AntragstellerInnen

Ausschuss Sozialpolitik

57-5-3-3

AntragstellerInnen: Ausschuss Frauen*- und Genderpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses für Frauen*- und Genderpolitik

1 Ausschussmitglieder: Louise Haitz (Universität Konstanz), Lydia Kray (Uni-
2 versität Potsdam), Lina Taube (TU Berlin), Niki Poppins (Hochschule Nie-
3 derrhein), Marie Dücker (Medizinischen Hochschule Hannover), Ronja Hesse
4 (Universität Lüneburg), Nejla Salakovic (Universität Hannover), Juliette Bril-
5 let (Universität Eichstätt-Ingolstadt), Tobi* Warkentin (Universität Bielefeld),
6 Randi Becker (Uni Gießen), Moritz Keßler (Universität Würzburg).

7 Der Ausschuss hat bis zur Verschiebungsfrist der 57. MV dreimal getagt. Die
8 Konstituierung fand in Freiburg (29.09-02.10.2016), die beiden anderen Sit-
9 zungen in Hannover (02.-04.12.2016) und in der Geschäftsstelle in Berlin (27.-
10 29.01.2017) statt. Seit der 55. MV trifft sich der Ausschuss zu zweiwöchentli-
11 chen Telefonkonferenzen. Nejla Salakovic wurde in den Ausschuss Internatio-
12 nales entsandt. Sowohl bei den Sitzungen als auch in den Telefonkonferenzen
13 wurde der Ausschuss durch den Vorstand und die Antidiskriminierungsbeauf-
14 tragten sehr gut unterstützt. Der Ausschuss setzt sich auch in diesem Jahr
15 wieder damit auseinander, welche feministische Positionen der fzs in Bezug
16 auf aktuelle Debatten wie die Diskussion rund um VG-Wort und den Unirah-
17 menvertrag einnehmen sollte aber auch, wie Feminismus weiter im Verband
18 etabliert werden kann.

19 So wurde während der konstituierenden Sitzung über die Neuerungen des Mut-
20 terschutzgesetzes und über AllGender-Toiletten diskutiert. Die Erkenntnisse
21 aus der Diskussion über Letzteres sollen im Laufe der Amtszeit in einer Publi-
22 kation über Räume in/an der Universität festgehalten werden. Während der

23 zweiten Sitzung stand eine Diskussion über die VG-Wort und den neuen Uni-
24 rahmenvertrag im Mittelpunkt. Aus dieser ist ein Antrag an die 57. MV über
25 eine feministische Kritik an VG-Wort und dem Urheberrecht entstanden. In
26 Anschluss an viele Diskussionen über Interventionsmöglichkeiten gegen Sexis-
27 mus im fzs, und die Bedeutung von Feminismus für den Verband wurde wäh-
28 rend der dritten Sitzung ein Positionspapier zum Feminismus-Begriff verfasst.
29 Daneben plant der Ausschuss eine Aktionskonferenz zur Organisationsfragen
30 (16.-18.06.2017) und ein Seminar zu Frauen* in der VS (02.-04.08.2017). Da
31 sich für die vergangenen Seminare zu wenig Menschen angemeldet haben, be-
32 gannen wir frühzeitig mit Planung und werden die Veranstaltungen mit viel
33 Vorlauf bewerben.

AntragstellerInnen

Ausschuss Frauen*- und Genderpolitik

57-5-3-4

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Finanzen

1 Der Ausschuss Finanzen hat im ersten Halbjahr der Legislatur 16/17 zwei
2 Sitzungen und zwei Telefonkonferenzen abgehalten. Felix und Anna überneh-
3 men die Rolle der Ausschuss-Koordination. Für den Ausschuss Finanzen sitzen
4 Anna und Felix im Ausschuss Internationales.

5 Laufende Projekte:

6 • Genderbudgeting

7 Die Legislaturen 13/14 – 14/15 wurden abgeschlossen ausgewertet. Das
8 Projekt Genderbudgeting ist ein fortlaufendes Projekt, welches jedes Jahr
9 neu ausgewertet werden muss, da die Ergebnisse jeweils mit den Vorjah-
10 ren verglichen werden müssen. Es wird zusammen mit dem Vorstand dar-
11 an gearbeitet, dass die Zusammentragung von Daten automatisch durch
12 die Buchhaltung abläuft und nicht alles einzeln herausgesucht werden
13 muss. Es gibt ebenfalls einen strukturellen Antrag, welcher unterande-
14 rem aus den Ergebnissen des Genderbudgetings heraus entstand.

15 • Visualisierung der Mitgliedschaftssituation

16 kurz vor der Fertigstellung

17 • Umsatzsteuerpflicht & Aufwandsentschädigungen in Studierendenschaf- 18 ten

19 Der Ausschuss arbeitet zum Thema Umsatzsteuerpflicht, da das Thema
20 Aufwandsentschädigungen schon im VSPM-Reader bearbeitet wurde. Es
21 wurde angefangen Daten zusammen zu tragen.

- 22 • Selbstversicherung in Student*innenschaften
- 23 Wegen eines konkreten Falls, bei dem eine Studierendenschaft in Nie-
- 24 dersachsen eine Versicherung auf Anweisung der Rechtsaufsicht durch
- 25 die Hochschule kündigen musste, hatte der Ausschuss geplant, zu die-
- 26 sem Thema die Kooperation mit der LandesAstenKonferenz (LAK) Nie-
- 27 dersachsen zu suchen. Ein erstes Gespräch hierzu fand im Rahmen der
- 28 Sitzung der LAK am 26. Januar 2017 in Hannover statt. Es ist geplant,
- 29 bereits in der nächsten Sitzung weiter gemeinsam an dem Thema zu
- 30 arbeiten.
- 31 • Studienzuschüsse / Qualitätsverbesserungsmittel
- 32 Was sollte und darf mit den Studienzuschüssen/ Qualitätsverbesserungs-
- 33 mitteln unternommen werden? Was wird aus dem Ersatz für Studienge-
- 34 bühren? Etc.
- 35 Es wird ein Fragenkatalog erstellt und dieser zunächst an die Studieren-
- 36 denschaften der Ausschussmitglieder verschickt, um ein Konzept erarbei-
- 37 ten zu können, bevor weitere Universitäten befragt werden.
- 38 • Besprechung des Haushaltsabschlusses und Nachtragshaushalts
- 39 Siehe Votum.

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

57-5-3-5

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Internationales

1 Schwerpunkte diesen Jahres:

- 2 • Internationale Solidaritätsarbeit (Fund our future, Solidaritätsbekun-
3 dungen, Basisgruppenvernetzung etc.)
- 4 • Die internationalen Studiengebühren in BaWü kritisieren/bekämpfen
5 Flyer erstellt (auf Deutsch und Englisch)
6 Resolution bei ESU eingebracht, die beschlossen wurde
7 Position für kommende fzs MV verfasst
- 8 • ESU
9 Besprechung der Mandatierungs-Matrix
10 Vorbereitung auf ESC und BM
11 Position zum Brexit für kommende fzs MV verfasst

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

57-7-I1

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Gegen Bildungshindernisse in Baden-Württemberg-rassistische und unsoziale Studiengebühren verhindern!

1 **Der fzs positioniert sich gegen Studiengebühren und verurteilt die**
2 **Versuche der Baden-Württembergischen Landesregierung, ein sol-**
3 **ches Bildungshindernis wieder einzuführen.**

4 Das Kabinett der Baden-Württembergischen Landesregierung hat
5 am 25.10.2016 der Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-
6 Ausländer*innen, sowie Student*innen im Zweitstudium und der Erhöhung
7 der Verwaltungsgebühren zugestimmt, um Löcher im Haushalt des Landes zu
8 stopfen und damit den Regelungen der Schuldenbremse zu entsprechen. Diese
9 Gebühren sollen 1500 € pro Semester für Nicht-EU-Ausländer*innen und 650
10 € pro Semester für Student*innen im Zweitstudium betragen. Zusätzlich soll
11 für alle Student*innen die Verwaltungsgebühr um 10€, auf 70€, steigen. Dies
12 weckt den Verdacht, eine Vorstufe zu allgemeinen Studiengebühren zu sein,
13 denn sollten die geplanten Gebühren nicht ausreichen, um das Haushaltsloch
14 zu schließen, ließe sich spätestens in der nächsten Legislaturperiode über solche
15 verhandeln. Das Vorhaben widerspricht dem Recht auf freie Bildung, wie es
16 in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben
17 ist, sowie Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes.[1]

18 Die Erhebung von Gebühren für Ausländer*innen stellt eine Diskriminierung
19 von Student*innen, aufgrund ihrer Herkunft, dar und verstärkt xenophobe
20 Ressentiments in der Gesellschaft. Außerdem richten sie sich gegen eine sozia-
21 le Gruppe mit sehr begrenzten Mitgestaltungsmöglichkeiten in Deutschland,

22 welche ohnehin durch besonders hohe Ausgaben, wie z.B. Reisekosten und
23 Beantragungen von Visa, zusätzlich belastet wird. Begründet wird diese dis-
24 kriminierende Maßnahme mit dem angeblich fehlenden Beitrag ausländischer
25 Student*innen zur Hochschulfinanzierung. Dieses Argument entlarvt sich an-
26 hand der Fakten selbst: Ausländische Student*innen erwirtschaften, laut einer
27 Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zufolge, jährlich Er-
28 träge in Höhe von 400 Millionen Euro an Steuereinnahmen[2]. Selbst wenn dies
29 nicht der Fall wäre, wäre eine angebliche mangelnde ökonomische Nützlichkeit
30 von Menschen jedoch kein Grund, diese in ihren Rechten einzuschränken. Das
31 Argument, die Gebühren würden zur Internationalisierung beitragen, ist noch
32 absurder, allein schon aufgrund der Tatsache, dass nur 20% der Einnahmen den
33 Hochschulen zugute kommen sollen, während der Rest lediglich als Einnahme
34 in den Haushalt des Landes fließen soll.

35 Die Berechnung der Einnahmen durch die Studiengebühren stützt sich auf die
36 Annahme, dass bis 2020 die Anzahl der Studienanfänger*innen aus dem Nicht-
37 EU-Ausland, also der zahlenden Student*innen, von 7.000 auf 16.000 ansteigen
38 soll. Der prognostizierte Anstieg wird damit begründet, dass die Hochschu-
39 len mit dem höheren Budgetplus durch die Studiengebühren, die Betreuung
40 der ausländischen Student*innen verbessern werden, und damit mehr Äuslän-
41 der*innen in Baden-Württemberg studieren würden. Doch 300€ pro ausländi-
42 scher*m Student*in werden kaum ausreichen, um die anfallenden Verwaltungs-
43 kosten zu decken. Da andere Bundesländer keine Studiengebühren erheben, ist
44 sogar mit einem signifikanten Rückgang von internationalen Student*innen,
45 an den Hochschulen in Baden-Württemberg zu rechnen, und das gefährdet
46 die Internationalität an den Hochschulen. Der internationale Austausch von
47 Menschen und Ideen ist jedoch eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Wis-
48 senschaft und eine wichtige Erfahrung für Student*innen, Professor*innen und
49 Angestellte.

50 Verwaltungsgebühren sind Studiengebühren im Schafspelz. Desweiteren ist de-
51 ren Verwendung im Haushalt des Landes Baden-Württembergs vollkommen
52 intransparent. Alle Student*innen sollen, mit der Erhöhung zur Haushaltskon-
53 solidierung und zur Politik der schwarzen Null, beitragen. Dies ist aus Sicht
54 des fzs eine verfehlte Finanz- und Bildungspolitik, die an ihren angeblichen
55 Zielen vorbeischießt.

56 Die Gebühren für ein Zweitstudium widersprechen dem Ideal des lebenslangen
57 Lernens und sorgen dafür, dass einige Menschengruppen strukturell nur ein
58 Anrecht auf einen Abschluss pro Person bekommen. Besonders sanktioniert
59 werden damit Schulabsolvent*innen, die auf diese Weise genötigt werden, sehr

*57-7-I1 Gegen Bildungshindernisse in
Baden-Württemberg-rassistische und unsoziale Studiengebühren verhindern!*

60 früh in ihrem Leben wegweisende Entscheidungen zu treffen. Ihnen wird eine
61 Neuorientierung erschwert, wenn sie hierdurch nicht sogar komplett verhindert
62 wird. Auch eine Weiter- oder Fortbildung im späteren Leben wird durch diese
63 Maßnahme behindert. Die Anforderungen der modernen Arbeitswelt machen
64 es häufig notwendig, dass zur Weiterbildung ein Zweitstudium ergriffen wer-
65 den muss. Durch Zweitstudiengebühren werden Menschen von der beruflichen
66 Weiterbildung ausgeschlossen.

67 Der fzs setzt sich für Chancengleichheit und faire Zugangsmöglichkeiten zu
68 Bildung ein, denen das Konzept Studiengebühren diametral entgegensteht. So-
69 bald ein Studium von Gebühren abhängig gemacht wird, werden ökonomische
70 Faktoren zu einer Qualifikation erklärt und der Warencharakter von Bildung
71 verstärkt. Auf diese Weise wird einkommensschwachen Menschen der Weg zu
72 einem Studium verwehrt und die gesellschaftliche Spaltung vorangetrieben.
73 Bildung ist kein Luxusgut. Bildung ist ein Menschenrecht

74 Aufgrund der genannten Punkte ist jegliche Erhebung von Studiengebühren ein
75 inakzeptables Bildungshindernis und damit kategorisch abzulehnen. Besonders
76 der Versuch den Haushalt durch ausländische Student*innen zu finanzieren,
77 ist eine nicht zu rechtfertigende Maßnahme, die den Grundsätzen einer freien,
78 gleichen, demokratischen und offenen Gesellschaft widerspricht. Nicht nur die
79 konkreten Pläne der Landesregierung in Baden-Württemberg, sondern jeder
80 Versuch ein Studium an Gebühren zu knüpfen ist in den Augen des fzs mit
81 allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen.

82 Auch die European Students Union solidarisiert sich – wie viele andere
83 – mit den Student*innen in Baden-Württemberg und lehnt die Pläne ab.
84 Hier die Resolution dazu: [www.esu-online.org/?policy=bm71-no-tuition-fees-
85 in-germany](http://www.esu-online.org/?policy=bm71-no-tuition-fees-in-germany)

86 [1] [http://verfassungsblog.de/studiengebuehren-fuer-schwache-baden-
87 wuerttemberg-und-das-verfassungs-und-voelkerrecht/](http://verfassungsblog.de/studiengebuehren-fuer-schwache-baden-wuerttemberg-und-das-verfassungs-und-voelkerrecht/)

88 [2] [https://www.bmbf.de/de/auslaendische-studierende-ein-gewinn-fuer-
89 deutschland-438.html](https://www.bmbf.de/de/auslaendische-studierende-ein-gewinn-fuer-deutschland-438.html)

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

57-7-I2

AntragstellerInnen: Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Stellungnahme zum Brexit

1 Am 23. Juni 2016 stimmten die Bürger*innen des Vereinigten Königreichs bei
2 einer Wahlbeteiligung von 72,2% mit einer Mehrheit von 51,9% für einen Aus-
3 tritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Seit dem 26. Januar 2017 liegt
4 dem britischen Parlament ein Gesetzesentwurf vor, laut dem die britische Pre-
5 mierministerin “die Absicht des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der
6 EU, gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union bekanntgeben“
7 kann. Nach einem Bericht der „Financial Times“ soll das Gesetz für die Aus-
8 trittserklärung bis Mitte März verabschiedet werden. Laut einer Umfrage des
9 britischen Meinungsforschungsinstituts YouGov und der Tageszeitung “The
10 Times“ vom 20. – 22. Juni 2016 beträgt die Zustimmung zum EU-Austritt bei
11 den Altersgruppen, in denen tendenziell Student*innen vertreten sind, der 18-
12 24 jährigen* lediglich 20% und auch in der Alterskohorte der 25-49 jährigen*
13 45%. Nach einer Befragung des Higher Education Policy Institute, an der 1000
14 Student*innen teilnahmen, stimmten 70% für einen Verbleib in der EU.

15 Die Auswirkungen des sogenannten Brexits auf den Raum Hochschule sind,
16 wenn auch noch nicht vollumfänglich absehbar, schwerwiegend.

17 Bereits jetzt verlangt das UK von sogenannten “Overseas Students“ – sprich:
18 Nicht-EU-Student*innen – Studiengebühren von etwa 40.000€ im Jahr (ab-
19 hängig von Studiengang und Hochschule) im Vergleich zu 11.600€ Studienge-
20 bühren von UK-Student*innen. Derzeit sind durch das Nichtdiskriminierungs-
21 gebot EU-Student*innen mit UK-Student*innen gleichgestellt. Mit dem Brexit
22 besteht die Gefahr, dass auch EU-Student*innen von den astronomischen Ge-
23 bühren für “overseas“-Student*innen betroffen wären.

24 Auch für die ERASMUS+-Student*innen, welche Auslandssemester in Eng-
25 land absolvieren (insbesondere in Anglistikstudiengängen nichts ungewöhnli-
26 ches), ist unklar wie es nach 2020 weitergehen wird. Sollte die UK die zu
27 befürchtende nationalistische Isolationspolitik fortführen, droht auch ein Ende
28 der ERASMUS+-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs, wenn 2020 das
29 Budget für das Programm ausläuft. Auf der anderen Seite sollte auch die EU
30 nicht, wie bspw. in der Vergangenheit gegenüber der Schweiz[1], Student*innen
31 zu Sündenböcken machen, indem sie im Rahmen der Verhandlungen UK aus
32 dem ERASMUS+-Programm ausschließt.

33 Diese Problematiken werden – sowohl für ERASMUS+-Student*innen, als
34 auch für Student*innen, welche ihren Bachelor oder Master im Vereinigten Kö-
35 nigreich absolvieren – bei den Visakosten und damit verbundenen Bürokratie-
36 aufwänden deutlich. So wird für Student*innen aus dem europäischen Festland
37 ein “Tier 4 Student Visa“, welches 400 Euro kostet, notwendig um in Großbri-
38 tannien zu studieren. Betroffen davon dürften ca. 125.000 Student*innen sein,
39 ausgehend von den Immatrikulationszahlen der EU-Student*innen im Verei-
40 nigten Königreich 2015.

41 Auch die Forschung und Lehre wird durch den Brexit vor das Problem ei-
42 nes großen Bürokratie- (und somit auch Kostenmehr-) aufwandes gestellt.
43 Dies beginnt bei gemeinsamen und EU-finanzierten Forschungsgruppen und
44 -projekten, zieht sich über Promotionen und Praktika in Instituten, im Ver-
45 einigten Königreich oder in Europa, betrifft aber auch so simple und grund-
46 sätzliche Sachen wie britische (Gast-)Dozent*innen an EU-Universitäten und
47 umgekehrt.

48 Am wichtigsten erscheint aber im Zuge der immer stärker werdenden rechts-
49 populistischen und neofaschistischen Bewegungen in Europa, dass ein Rückfall
50 aus der EU in nationalistische Kleinstaaterei keine Lösung für europäische Pro-
51 bleme sein kann. Eine Umgestaltung der Europäischen Union zu einem deut-
52 lich stärker legitimierten demokratischen Modell mit einem EU-Parlament mit
53 Richtlinienkompetenz ist anzustreben, um die Rolle der EU zu stärken und
54 Nationalstaaten zukünftig in der Bedeutungslosigkeit verschwinden zu lassen.
55 Der fzs setzt sich dafür ein, dass für Student*innen weiterhin die Möglichkeit
56 eines geeinten Europas besteht und dass es keinen Rückfall zu einem Europa
57 unserer Ur- und Großeltern gibt. Weiterhin setzt sich der fzs dafür ein, dass mit
58 ERASMUS+ keine Sondersituation für Privilegierte, Schüler*innen und junge
59 Student*innen besteht, sondern das ein Austausch unabhängig von Alter und
60 Status gefördert wird.

61 Die “overseas“-Lösung, im Sinne eines “harten“ Brexits, mit ihren erhöhten
62 Studiengebühren und ihrem zusätzlichen bürokratischen Aufwand ist nicht
63 akzeptabel: Sie ist an jedem ihrer Anwendungsfälle schwerstens zu kritisie-
64 ren. Eine Ausweitung derselben exkludierenden Politik in Bezug auf EU-
65 Student*innen wäre jedoch ein zusätzlicher Rückschritt. Die aktuellen For-
66 schungsprojekte und Finanzierungstöpfe dürfen auf keinen Fall wegfallen und
67 müssen unter allen Umständen weiterfinanziert werden. Die zusätzlichen Kos-
68 ten, welche durch Visa und arbeitsrechtliche Veränderungen sowohl für EU-
69 als auch für britische Student*innen entstehen, schränken die Mobilität der
70 Student*innen immens ein und bedeuten ein effektives Hindernis für das Stu-
71 dium, welches eben dieses umso exklusiver, ausschließender und elitärer macht.
72 Der fzs verurteilt sie ebenfalls. Sie sind so gering wie möglich zu halten oder
73 durch Institutionen zu übernehmen. Zu nicht ganz so guter Letzt ist auch die
74 Verschlechterung der Qualität der Lehre ein immenser Rückschritt. Es wird
75 deutlich, dass Student*innen durch den Brexit zwangsweise schwere Einschrän-
76 kungen erleiden. Diese können nicht auf Null gesenkt werden. Sie so gering wie
77 möglich zu halten ist notwendig im Sinne des “kleineren“ Übels. Eine scharfe
78 Verurteilung des Brexits muss nichtsdestotrotz geschehen!

79 Demonstrationen sind ein Weg, den Unmut über einen solchen Rückfall in die
80 Nationalstaatlichkeit auszudrücken. Universitätsbesetzungen und Solidaritäts-
81 erklärungen mit Betroffenen sind ebenso sinnvoll und aussagekräftig. Bildung
82 muss ein Menschenrecht bleiben, mehr noch: Eben jenes Menschenrecht muss
83 auch durchgesetzt werden.

Begründung

Wir finden Brexit doof. Ihr auch?

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

57-7-I3

AntragstellerInnen: AStA der Uni Kassel

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Anonymisierung von Klausuren

1 Die Güte einer Note und der damit verbunden Klausur lässt sich durch Validi-
2 tät, Reliabilität und Objektivität bestimmen. Die Gütekriterien der Validität
3 und der Reliabilität lassen sich nur schwierig durch umsetzbare allgemeine Be-
4 schlüsse verändern, die Objektivität hingegen schon. Daher wird beantragt,
5 dass die dem FZS angehörigen Studierendenvertretungen sich zum einen an
6 Ihren Universitäten für die fachbereichsübergreifende Möglichkeit einsetzen,
7 Klausuren ohne Klarnamen schreiben zu können und zum anderen dies im
8 Rahmen ihrer Möglichkeiten modellweise wissenschaftlich begleiten und aus-
9 werten zu lassen.

Begründung

Der Einfluss von Namen auf die Benotung von Leistungsnachweisen ist vor allem in der Schule erforscht, doch aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse wohl auch auf andere Rahmen übertragbar und gegebenenfalls durch das fehlende pädagogische Wissen um diese Effekte von Hilfskräften und Dozierenden an Universitäten noch weiter ausgeprägt. So fand die Universität Oldenburg 2009 heraus, dass bestimmte Namen mit bestimmten Eigenschaften assoziiert werden und Einfluss auf die Notengebung haben können. Des Weiteren ist die Vergabe von Noten unter anderem auch sozialen und individuellen Bezugsnormen unterworfen. So kann zum Beispiel die Bekanntschaft mit der bewertenden Person oder die Einordnung in einen anderen Kontext Einfluss auf die Notenvergabe haben.

Diesen Einflüssen auf die Notenvergabe kann durch die Anonymität der Studierenden entgegen gewirkt werden und eine größere Fairness gewährleistet werden.

Durch das an vielen Universitäten genutzte Verfahren Klausuren mit Matrikelnummern zu versehen und in Prüfungssysteme einzutragen, ist auch nur von einem geringen verwaltungstechnischem Mehraufwand bei der Umstellung zu rechnen.

Gegenüber den einzelnen Universitäten wäre eine solche Umstellung außerdem einfacher zu rechtfertigen, wenn deutschlandweit ähnliche Umstellungen stattfinden oder sich einzelne Universitäten dazu bereit erklären würden, die Anonymisierung modellweise durchzuführen.

AntragstellerInnen

AStA der Uni Kassel

57-7-I4

AntragstellerInnen: AStA der Uni Kassel u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Solidaritätsbekundung für DITIB-kritische Veranstaltung

1 In den vergangenen Monaten waren in verschiedenen deutschen Städten Ver-
2 anstaltungen des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan e.V. (YXK) unter
3 dem Titel „DITIB – Die Marionetten Erdogans“ geplant. Daraufhin wurde von
4 Seiten des türkisch-islamischen Verbandes DITIB versucht eine Drohkulisse ge-
5 gen die Veranstalter*innen aufzubauen. Nachdem kürzlich in Duisburg–Essen
6 im Vorfeld der Veranstaltung eine Bombendrohung gegenüber dem AStA auf-
7 kam und die Veranstaltung verlegt werden musste, sowie bekannt wurde, dass
8 sich in Frankfurt und Bremen ähnliche Situationen zugretragen haben, se-
9 hen wir es als eine Notwendigkeit an, durch eine gemeinsame Pressemitteilung
10 unsere Position für einen offenen Meinungs Austausch zu demonstrieren. Wir
11 wollen uns selbst deutlich positionieren und möglichst viele AStA informieren
12 sowie gleichzeitig ermuntern die Veranstaltung selbst durchzuführen oder zu
13 unterstützen.

Begründung

Im vergangen Jahr wurde vom Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V. (YXK) sowie von den Studierenden Frauen aus Kurdistan (JXK), bundesweit eine DITIB- kritische Veranstaltung: „DITIB – Die Marionetten Erdogans?“ organisiert.

Die Veranstaltung befasste sich mit dem Dachverband der türkisch- islamischen Moscheengemeinden in Deutschland. Die Referent*innen waren der Politologe

und Gewerkschaften, Tim vom Jugendverband der Linkspartei, solid. und der alevitische welche die Rolle DITIBs in Deutschland und die Verbindungen zur aktuellen türkischen AKP Regierung beleuchteten.

Kurz vor Durchführung der Veranstaltung kam es zu deutlichen Aufforderungen seitens der DITIB, der UETD (die UETD gilt als Lobby-Organisation der türkischen Regierungspartei AKP) und eines Kasseler Imams gegenüber dem AStA die Veranstaltung abzusagen, mit dem Vorwurf es handele sich um eine Veranstaltung von Terrorist*innen um Personen für dessen Ziele zu rekrutieren.

Derartige Forderungen und Unterstellungen wurden auch an die Universität heran getragen, welche uns schließlich mitteilte den Veranstalter*innen die Räume zu entziehen und somit die Veranstaltung zu unterbinden. Gleichzeitig brach in sozialen Netzwerken ein regelrechter Shitstorm los, neben wütenden E-Mails klingelten wenig später in sämtlichen Büros im Minutentakt die Telefone, die Anrufenden hatten außer Beschimpfungen und infamen Unterstellungen wenig Argumente vorzubringen, auch wussten sie oftmals nicht um was für eine Art Veranstaltung es sich handelt.

1 Stern Bewertungen auf der Facebookseite des AStA mit unsachlichen hetzerischen Kommentaren wurden ebenfalls in hoher Anzahl vorgenommen um Druck aufzubauen, unabhängig davon dass der AStA gar nicht der Veranstalter war.

Durch die veröffentlichte Pressemitteilung des AStA zu den Ereignissen und den erfolgten Druck zu Lasten eines offenen Diskurses konnte die Universität schließlich einen Tag vor Veranstaltungsbeginn umgestimmt werden. Die Veranstaltung fand unter polizeilichen Schutz und der Überwachung eines Sicherheitsdienstes statt, sie füllte problemlos einen größeren Seminarraum. Hitzige Debatten, aber ein insgesamt friedlicher Verlauf der Veranstaltung zeigten, wie wichtig diese Podiumsdiskussion für die Studierenden war. Eine Bombendrohung gegenüber des örtlichen alevitischen Zentrums begleitete diese Ereignisse und festigte ein Bedrohungsszenario gegen das Aufgreifen dieses Themas. Die Brisanz des Themas wird somit deutlich, haben bereits einige Bundesländer die Arbeit mit dem DITIB-Verband auf Eis gelegt oder prüfen derzeit diese.

AntragstellerInnen

AStA der Uni Kassel, Mark Bienkowski

57-7-I5

AntragstellerInnen: Ausschuss frauen- und genderpolitik

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Eine feministische Kritik am Urheberrecht

1 Das Jahr 2016 endete mit einem Moratorium für die neuen Rahmenverträge
2 der Verwertungsgesellschaft Wort. Bis Oktober 2017 werden neue Verträge
3 ausgehandelt, die die Verbreitung und Veröffentlichung von Texten für wissen-
4 schaftliche Forschung und Lehre neu regeln sollen.

5 Die letztjährig diskutierten Verträge konfrontierten die Hochschulen mit einem
6 unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand – ein für ein Seminar/eine Vorlesung
7 zur Verfügung gestellter Text sollte pro Seite pro Student*in mit einem Be-
8 trag von 0,008 € verrechnet und dieser an die VG-Wort überwiesen werden.
9 Erste Studien und Schätzungen kamen zu dem Schluss, dass der damit an-
10 fallende Verwaltungsaufwand für die Bereitstellung der Informationen für ein
11 erst noch zu implementierendes Meldesystem und den Beratungssupport an
12 jeder Hochschule einer 25 % Stelle entsprechen würde. Hinzu käme eine große
13 Menge an stupider Kopierarbeit, die wissenschaftliche Hilfskräfte oder die Stu-
14 dent*innen selbst übernehmen müssten. Die technologischen Möglichkeiten der
15 Digitalisierung und digitalen Vernetzung sollten demnach ignoriert werden, um
16 **ein konservatives Urheberrecht** aufrechtzuerhalten.

17 Wir möchten hier eine feministische und antikapitalistische Kritik an den fürs
18 erste zurückgestellten Vorschlägen der VG-Wort formulieren, die über eine
19 Auseinandersetzung mit diesem Streit hinausgeht. Uns erscheint es hier sinn-
20 voll und notwendig eine grundsätzliche Diskussion anzuregen, die sich mit
21 der Konstruktion von Urheber*innenschaft in der Wissenschaft auseinander-
22 setzt.

23 **Wissenschaft baut auf Wissenschaft auf.** Der Sinn und Zweck des stren-
24 gen Verbots von Plagiaten und des Erlernens eines komplexen Zitiersystems
25 ist es, Wissenschaft aufeinander aufzubauen – eine beliebte Metapher spielt
26 dabei mit der Logik des Fortschritts, der hoch-hinauswachsenden Erkenntnis:
27 jede neue Arbeit ist ein Zwerg*innen, der auf den Schultern von Ries*innen
28 steht. Die Ressource des Wissens ist das in Bibliotheken, Archiven oder jetzt
29 global im Internet zugängliche Wissen. An dieser Stelle sei kurz darauf ver-
30 wiesen, dass die infrastrukturelle Versorgung mit Elektrizität und Funkmasten
31 eine wichtige Forderung für alle Gesellschaften ist und hier als eine materielle
32 Grundlage, die global erkämpft wird, nicht als selbstverständlich vorausgesetzt
33 wird. **Eine Behinderung des Zugangs zu Publikationen und damit**
34 **wissenschaftlichen Ressourcen ist damit in unseren Augen ein An-**
35 **griff auf die kreative, freie Forschung und Wissenschaft,** was wir im
36 Folgenden weiter ausführen.

37 **Fangen wir bei den Student*innen an:**

38 Es gibt bereits jetzt Studiengänge in denen Student*innen einen besonders
39 hohen Konkurrenzdruck spüren und gegeneinander ausüben. Bücher werden
40 versteckt, Seiten ausgerissen, sodass die konkurrierenden Anderen schlechtere
41 Chancen auf die Lektüre haben. Dieser Konkurrenzdruck, der sich als Kampf
42 um den Zugang zu konkretem Wissen Bahn bricht, erhöht sich durch ein Urhe-
43 berrecht, das den offenen Zugang von Wissen durch Open Source verweigert.
44 „Haben Sie die Texte gelesen?“ ist eine Frage, die unter zusätzlich erschwer-
45 ter Zugänglichkeit bestimmt nicht von „faulen Student*innen“ mit „Nein ich
46 hatte keine Zeit“ beantwortet wird. Das System, in dem vorgeblich der*die flei-
47 ßigste am meisten leisten kann, wird durch die anachronistische Verknappung
48 und Erschwerung des Zugangs zum Wissen als ein pseudomeritokratisches er-
49 richtet. Der Zugang zum Wissen wird jedoch nicht nach Leistung, sondern
50 ökonomisch hierarchisiert: diejenigen, die Zeit zum Kopieren haben (etwa, weil
51 sie nicht lohnarbeiten müssen) und diejenigen, die das Geld haben, sich Lehr-
52 bücher zu kaufen, profitieren im Sinne einer so geordneten Konkurrenz. Die
53 Logik des*der Fleißigeren am Kopierer verschleiert (und verschärft) das kapi-
54 talbasierte Ungleichheitsverhältnis. Die Praxis des digitalen Teilens und Ver-
55 teilens von Texten zu kriminalisieren ist in diesem Zusammenhang nicht nur
56 medial-anachronistisch, sondern ein Angriff auf freie, kreative, nonhierarchi-
57 sche Wissenschaft.

58 **Es gilt nun zu fragen, welche Urheber*innen von einem restriktiven**
59 **und medientechnisch anachronistischen Urheberrecht profitieren.**

60 Je höher der Aufwand einen Text für Vorlesung oder Seminar zur Verfügung zu
61 stellen, desto größer ist der Rechtfertigungsdruck für die Wahl des Textes. Das
62 bedeutet zum einen, dass die Vielfalt an Texten und Autor*innen sinkt – einen
63 weniger bekannten Text für die weiterführende Zusatzlektüre bereitzustellen
64 wird zum aufwändigen Akt, der sich womöglich ‚nicht rentiert‘. Zum anderen
65 und damit in Zusammenhang stehend, bedeutet dies eine noch stärkere Kon-
66 zentration auf kanonisierte Texte, die als grundlegend für die jeweilige Fach-
67 disziplin gelten. Der Kanon ist ein historisch gewachsener Wissensbestand, der
68 aus den patriarchal und kapitalistisch organisierten Hochschulen hervorging
69 und hervorgeht. Die Erschwerung der Zugänglichkeit trifft damit insbeson-
70 dere randständiges Wissen von weniger erfolgreichen und damit ökonomisch
71 schlechter gestellten Autor*innen. In unserer Gesellschaft funktioniert die Ver-
72 teilung von Reichtum nach Ungleichheitssystemen, die patriarchal-sexistische
73 und rassistische sowie ableistische Verteilungslinien ziehen, diese jedoch, wie
74 oben bereits beschrieben, mit der Rede von Chancengleichheit und Meritokra-
75 tie verschleiern. Die Gegenwehr gegen Open Source, die gerade von etablierten
76 Wissenschaftlern ausgeht (die auch die Veränderung der Regelungen der VG-
77 Wort-Verträge mit den Hochschulen durch ihre gerichtlichen Klagen verursach-
78 ten) ist gerade deshalb absurd, weil ihre universitären Stellen und damit ihre
79 Forschung und ihre Publikationen bereits staatlich-gemeinschaftlich finanziert
80 wurden.

81 **Wir erkennen die nach dem geltenden Urheberrecht angestrebte**
82 **Verwertung und Verwaltung von Wissen als eine neoliberale Ein-**
83 **hegung von emanzipatorischem Wissen und das Bestreben eine vor-**
84 **nehmlich weiß-europäische, männerdominierte Wissenschaft zu be-**
85 **wahren.**

86 Das bestätigt sich, wenn wir uns anschauen, inwiefern gerade kleine Verlage,
87 die weniger bekannte Autor*innen verlegen, unter dem durch die umstritte-
88 nen Verträge erhöhten Kostenaufwand leiden würden. Die großen Verlage, die
89 auch den infrastrukturellen Mehraufwand stemmen können werden dadurch
90 noch erfolgreicher. Die Autor*innen, die so keine Chance auf die Verlegung
91 ihrer Arbeiten haben, sind gezwungen unbezahlt im Netz ihre Texte zu pu-
92 blizieren. Der neoliberale ‚Lohn‘ der Selbstverwirklichung im digitalen Netz,
93 in dem jede*r schreiben und gelesen werden kann, verschleiert aufs Neue die
94 materiellen Bedingungen der Möglichkeit überhaupt zu schreiben.

95 **Nicht erst die Umsetzung der VG-Wort, sondern bereits die Grund-**
96 **lage des Urheberrechts basiert auf einer (besitz-)individualistischen**
97 **und kapitalistischen Vorstellung von Wissen als Eigentum, das**

98 marktlogischen Regelungen unterworfen werden kann, um es ökonomisch zu verwerten. Dies trifft vor allem kritisches, emanzipatorisches Wissen und erschwert gerade jenen den Zugang zum Wissen, die durch die so verstellten Chancen auf Bildung in einem ungleichen System aufsteigen könnten. Weniger Menschen erhalten den Zugang zum Wissen und weniger Personen haben die Möglichkeit den machtvollen Status eines*einer Wissenden zu erlangen.

105 Dem möchten wir eine feministische Wissenschaftskritik entgegensetzen, die die Grundlage des Urheberrechts – einen maskulinistischen Geniebegriff – infrage stellt.

108 **Wissenschaft entsteht nicht im stillen Kämmerlein** im Gehirn eines ‚Genies‘, das aus sich selbst heraus die besten Ideen und bedeutendsten Erkenntnisse schöpft. Der geniehafte Schöpfer hat sich als Figur seit der Aufklärung in Deutschland durchgesetzt und wird uns in verschiedenen europäischen kulturellen Produktionen als vornehmlich männliches Ideal der Genialität und Schöpferkraft des Geistes vorgestellt – erinnert sei an Darstellungen von Einstein, Goethe, Schiller, DaVinci, Galileo und Co. Ein mit dem digitalen Netzwerk in Verbindung stehendes Denken der Vernetzung von Menschen und Wissen stellt sich einem solchen Geniebegriff entgegen. Jedes Denken befindet sich in einer soziopolitischen, ökonomischen Infrastruktur. Begreifen wir das Wissen als Effekt eines zusammenwirkenden Netzwerkes, so kann kein (besitz-)individualistisches Genieverständnis mehr greifen.

120 **Wir sind alle vernetzt, nicht nur digital, sondern existenziell – wir sind in unseren Produktionen von Wissen aufeinander angewiesen.** Das beginnt bei Miete, Strom und Nahrung, die wir durch oder trotz der wissenschaftlichen Arbeit bezahlen können – hier sei auf sich verschuldende Student*innen und den schlecht bezahlten, überarbeiteten Mittelbau und die konservativ-patriarchal unsichtbar gemachte und feminisierte Reproduktionsarbeit verwiesen; das führt weiter zum von Virginia Woolf feministisch hervorgehobenen Room of One’s Own, in dem wir in Ruhe nachdenken und studieren können – hier sei nochmals auf den nicht durch Fleiß, sondern durch sexistisch/rassistisch/ableistisch ungleich verteilten Zugang zum Wissen und zum Status des*der Wissenden verwiesen, der sich auch im Zugang zu einem Büro, zu einer Wohnung, zu Essen und Trinken wieder findet; das hört schließlich beim Gedankenaustausch mit anderen, sei es von Angesicht zu Angesicht oder bei der Lektüre von Texten, auf.

134 Im Urheberrecht (wie es derzeit in den VG-Wort Verhandlungen im Raum steht) wird die maskulinistische Vorstellung vom souveränen Individuum auf-

136 rechterhalten. Die Materialitäten des Geschlechts, der Rassifizierungen, der
137 ökonomischen Ungleichheiten und verstellten Chancen werden darin ver-
138 schleiert und Menschen mit dem brutalen Versprechen ihres eigenen Glückes
139 Schmied*in sein zu können, wenn sie sich fleißig und geschickt genug vermark-
140 ten, responsabilisiert.

141 Wir möchten dem unsere feministische Perspektive entgegenstellen. Wenn wir
142 das Wissen aus einem solchen maskulinistischen Urheberrecht lösen und statt-
143 dessen als Effekt kollektiver Denkprozesse und Vernetzung denken, so können
144 wir die Wissenschaft aus den anti-emanzipatorischen Machtverhältnissen be-
145 freien, die gerade mit den neuen Verträgen gestärkt zu werden drohen. Dies
146 wäre eine durch die digitale Vernetzung und Open Source technologisch er-
147 öffnete neue Form der Freiheit der Wissenschaft, für die wir als fzs eintreten
148 könnten.

AntragstellerInnen

Ausschuss frauen- und genderpolitik

57-7-I6

AntragstellerInnen: Ausschuss frauen- und genderpolitik

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Für einen antifaschistischen Feminismus

1 Der fzs sieht sich als studentischer Verein in der Verantwortung, eine Politik zu
2 betreiben, die jungen Menschen in Bildungsinstitutionen eine Perspektive und
3 Plattform für progressive politische Arbeit ermöglichen kann. Im Lichte der
4 zunehmenden Rechtswendung und des Neo-Faschismus in europäischer und in-
5 ternationaler Politik sind wir als Zusammenschluss von Student*innenschaften
6 gefragt, nicht nur die konkreten Auswirkungen auf bildungspolitische Zusam-
7 menhänge zu analysieren, zu benennen und zu bekämpfen, sondern auch in
8 den eigenen Reihen nach den Effekten zu suchen und sie gemeinsam zu verän-
9 dern.

10 Zwei wichtige Kennzeichen des Rechtsrucks sind die Ökonomisierung sozialer
11 Zusammenhänge und deren Privatisierung und der Zugriff auf bzw. die Ab-
12 wertung von Individuen über/durch ihren sozialen Status. Damit gemeint sind
13 konkret die Reproduktion von Geschlechterverhältnissen, in denen Menschen
14 auf ihre sozialen Funktionen als Männer/Frauen reduziert werden, rassistische
15 Mechanismen, die Migration auch in Zeiten von Krieg und Massenvertreibung
16 zusätzlich kriminalisieren, die Verstetigung sozialer und ökonomischer Klassen
17 und deren politische Instrumentalisierung durch rechte Zusammenhänge. Die
18 Normalisierung von eben jenen rassistischen, sexistischen und klassistischen
19 Verhaltensweisen und Verhältnissen hat notwendigerweise die Spaltung von
20 diesen Gesellschaften zur Folge.

21 Der Zusammenhang zwischen diesen Unterdrückungsmechanismen wird deut-
22 lich, wenn wir die Programme rechtskonservativer Parteien in ganz Europa be-
23 trachten: Antifeminismus und reaktionäre Familienpolitiken, Islamhetze, Anti-

24 migrationspolitiken und Anti-Abtreibungspositionen gehen hier Hand in Hand
25 mit Privatisierungsmaßnahmen und Leistungsimperativen.

26 Die Antwort auf dieses Klima kann in Anbetracht jüngster internationaler
27 Entwicklungen nicht mehr auf sich warten lassen.

28 Sie muss sich ergeben aus einem gemeinsamen Weg des Protests und der Wi-
29 derständigkeit. Auf diesem Weg können wir lernen, uns auch neu aufeinander
30 zu beziehen. Dafür aber ist es aus unserer Sicht notwendig, verbandsintern ein
31 Vertrauen zu schaffen, das über den rassistischen, sexistischen und leistungsori-
32 entierten Alltag hinausgeht, den wir alle erleben. Die Instrumente hierfür sind
33 manchmal einfach, manchmal schwer, mal individuelle, mal kollektive Maßnah-
34 men und sie sind die Grundlage für die Möglichkeit, gemeinsam zu handeln.

35 Es geht um Strategien wie Quoten und Redelisten, die letztlich doch überwun-
36 den werden sollten und könnten, ebenso wie um den bewussten Verzicht auf
37 Formen von Macht und Autorität zugunsten eines respektvollen und gleichbe-
38 rechtigten Umgangs miteinander. Es ist nicht selbstverständlich, dass Frauen,
39 das Migrant*innen, das People of Color, das Arbeiter*innenkinder oder das
40 Menschen der LGBTQI Community oder Menschen mit körperlichen Beein-
41 trachtigungen Teil von politischen Entscheidungsprozessen sein können, ohne
42 immer nur in ihrer *einfachen* sozialen Rolle als ebensolche wahrgenommen
43 zu werden oder Interessenvertretung für diese Rollen machen zu müssen. Dass
44 diese Teilhabe nicht selbstverständlich ist, hat Gründe. Meistens liegen dem
45 die oben beschriebenen strukturellen Hürden ebenso zugrunde, wie die Aus-
46 schlussmechanismen in den politischen Gremien und Gruppen selbst. Dazu
47 gehören weithin bekannte Hürden wie die Codifizierung von sozialen Räumen
48 durch Sprache und Verhalten allgemein, vorausgesetztes Wissen und erlernte
49 Verhaltensmuster, die entscheiden, ob jemand geduldet wird oder nicht. Oft ist
50 die Trennlinie zwischen erwünschtem und unerwünschtem Verhalten eben jene
51 Trennlinie, die auch außerhalb gezogen wird. Konkret ist damit gemeint, dass
52 erst dann, wenn es konkrete Menschen gibt, deren Bedürfnisse und Anliegen
53 im politischen Handeln berücksichtigt und diskutiert werden, eine veränderte
54 politische Praxis stattfinden kann, die auch veränderte Verhältnisse zur Folge
55 haben wird.

56 Um eine solche Praxis zu ermöglichen, müssen wir gemeinsam dafür Sorge tra-
57 gen, dass Feminismus und Antirassismus nicht Aufgabe von Betroffenen sind,
58 sondern politisches Basisprogramm und ernst gemeintes Anliegen aller Betei-
59 ligten werden. So lange dieser Prozess läuft, möchten wir vorschlagen, Mecha-
60 nismen zu implementieren oder zu erweitern, die zumindest vermeiden können,

61 dass sich ‚einfache‘, alltägliche Formen von systematischer Unterdrückung wie-
62 derholen.

63 Wir gehen davon aus, dass wir alle auf die eine oder andere Weise betroffen
64 sind von den Effekten und Zwängen eines global gewordenen Kapitalismus. Sei
65 es durch öde Lohnabhängigkeit, blöde Geschlechternormen, sinnlosen Kultu-
66 ralismus, schleichende Klimakatastrophe(n) oder anderen Schmu.

67 Wie wir das regeln wollen? Erst einmal, in dem wir uns nicht in eine Echo-
68 kammer einschließen und herumbrüllen. Es ist eine Sache, feministische und
69 antirassistische Positionen als Identitätspolitik und Betroffenheitslogiken zu
70 dulden und moralisch zu unterstützen, eine andere, sie als fundamentalen Be-
71 standteil der eigenen politischen Interessen zu verstehen und dementsprechend
72 konsequent mit einzubringen.

73 **Redeliste**

74 Anmerkung: Redelisten sind Listen, auf die bei Diskussionen die Beteiligten in
75 der Reihenfolge ihrer Meldung aufgeschrieben werden, damit die Moderation
76 oder Redeleitung einen Überblick über die sich beteiligenden Personen hat. Bei
77 einer quotierten Redeliste werden die Diskussionsteilnehmer*innen, die einen
78 Redebeitrag leisten möchten, in (normalerweise) zwei verschiedenen Redelisten
79 erfasst. Die Moderation lässt Leute von beiden Listen abwechselnd zu Wort
80 kommen.

81 Meistens wird die Redeliste nach Männern* und Frauen* getrennt, was Rede-
82 beiträge von Frauen* in Gruppen unterstützen soll.

83 Andere Quotierungen sind möglich, wie Weiß/People of Color (PoC) oder
84 deutsch-erstsprachig/nicht deutsch-erstsprachig. Auch Erweiterungen wie
85 Frauen*/Männer*/Trans* sind denkbar. Generell kann eine quotierte Redeliste
86 danach strukturiert werden, welche Gruppen im Raum in ihren Redebeiträgen
87 unterstützt werden sollen.

88 Bei hart quotierten Redelisten bedeutet das: Wenn die Redeliste der zu unter-
89 stützenden Gruppe leer ist, ist die Diskussion beendet.

90 Ein Instrument, das zunächst einmal strategisch zur Sichtbarmachung der be-
91 stehenden Verhältnisse beiträgt, ist die konkrete Umsetzung von Redelisten
92 auf Veranstaltungen.

93 Die Diskussionen innerhalb des Ausschusses fgp und auf gemeinsamen Veran-
94 staltungen haben deutlich gemacht, dass es durchaus weiteren Bedarf an Maß-
95 nahmen für geschlechtergerechte Grundlagen für Diskussionen gibt. Dass aber

96 auch die grundlegenden Mechanismen der Redelisten und damit die Bedingun-
97 gen der Diskussionen immer wieder neu überdacht und zu einer solidarischen
98 Debatte gestellt werden müssen.

99 So ist die Aufteilung der Redeliste in Männer- und Frauenliste vs. Männer-
100 und Frauen*liste Gegenstand einer solchen Debatte innerhalb des Ausschusses
101 (gewesen). Dem zugrunde liegt die offene Frage, ob die Zuordnung zu der einen
102 oder der anderen Liste allein auf der Lesbarkeit der zugeordneten Personen
103 von außen, also dem angenommenen Geschlecht basiert (XY wird von der
104 Redeleitung als Frau gelesen und daher auf die Frauenliste gesetzt) oder ob
105 auch Personen deren Geschlechteridentität nicht äußerlich als weiblich lesbar
106 wird, mit auf die Frauenliste aufgenommen werden. Unter anderem zu diesem
107 Zweck wäre das * hinter „Frauen“ sinnvoll. Die Redelisten haben den Zweck,
108 einen strukturellen und strategischen Raum zu schaffen, der es ermöglicht,
109 trotz der herrschenden Geschlechterverhältnisse und der Effekte, die diese auf
110 Individuen und deren Verhalten in Diskussionen und Öffentlichkeit haben, ein
111 gleichberechtigtes Verhältnis zu ermöglichen, in dem alle zu Wort kommen.
112 Die maßgebliche Mitbestimmung von Inhalten durch Frauen soll gewährleistet
113 und latente und explizite Machtverhältnisse infrage gestellt werden.

114 Da wir davon ausgehen, dass diese Machtverhältnisse im Alltag zu einem si-
115 gnifikanten Anteil auf der äußeren/oberflächlichen Lesbarkeit von Personen als
116 Frauen* basieren, macht es Sinn, dass das ein Kriterium der Zuordnung bleibt.
117 Trotzdem gibt es auch Fälle, in denen dieses Kriterium problematisch, transex-
118 klusiv oder einer gemeinsamen politischen Zukunftsvorstellung nicht gerecht
119 wird, in der eben jene binären Zuordnungen obsolet werden. Wir möchten al-
120 lerdings betonen, dass die ganze Praxis der Listen und deren Notwendigkeit
121 auf eben jenem sexistischen Normalzustand basieren, der auch die Zusammen-
122 hänge mitformt, in denen wir uns bewegen. Daher ist es uns ein Anliegen,
123 dass diese aller alltäglichste Form der Ungerechtigkeit Ausdruck in der Rede-
124 listenpraxis findet. Das * hinter Frauen* möchten wir aber trotzdem wieder
125 einführen, da es auf die ebenfalls sehr alltägliche Möglichkeit hinweist, diese
126 Geschlechternormen infrage zu stellen. Das * bedeutet für uns: Die Person
127 identifiziert sich als weiblich und/oder ist betroffen von Sexismus. Letztere
128 Definition beinhaltet die Tatsache, dass Sexismus ein Mechanismus patriar-
129 chaler Gesellschaften ist, der sich gegen jene richtet, deren Attribute hier als
130 weibliche zugeschrieben werden und deren soziale Rolle als solche zu einer Ab-
131 wertung ihrer Person führt.

132 Praktisch bedeutet das, dass jene Personen, die sich auf die Frauen*redeliste
133 setzen (lassen), sich damit konkret jener gesellschaftlichen Gruppe zuordnen,

134 die von sexistischen Unterdrückungsmechanismen betroffen ist.

135 Da diese Unterdrückung einer von außen getroffenen Bestimmung folgt und
136 durchaus nicht immer mit der Innerlichkeit und dem subjektiven Gefühl der
137 Beteiligten zusammenhängt (z.B. gibt es auch männlich gelesene Personen,
138 die sich in Diskussionen benachteiligt fühlen oder zurückhaltend bleiben), fin-
139 den wir es sinnvoll, dass die Personen auf der Liste selbst Verantwortung dafür
140 übernehmen, sich als weiblich zu identifizieren und andere Benachteiligungsme-
141 chanismen an anderer Stelle zu thematisieren und dafür Strategien mitzuent-
142 wickeln. Kurz: **Die Redeliste verstehen wir hier einzig als Instrument,**
143 **um dieser spezifisch sexistischen Form von Machtverhältnis, die sich**
144 **in der abwertenden Zuschreibung von Weiblichkeit ausdrückt, ent-**
145 **gegen zu treten.**

146 Uns ist durchaus bewusst, dass die Teilhabe an Diskussionen und politischen
147 Prozessen nicht allein an der Linie des binären Geschlechterverhältnisses be-
148 messen werden kann. Die Effekte der Unterdrückung, Ressourcenverteilung
149 und Sanktionen der Verhältnisse, in denen wir uns bewegen, sind vielfältig.

150 Gerade in den Räumen und Strukturen, in denen politische Arbeit gemacht
151 wird, sollten wir daher dafür Sorge tragen, dass wir unser Augenmerk auch auf
152 andere Formen der Machtverteilung richten.

153 Es reicht nicht, „tolerant“ zu sein. Toleranz bedeutet allzu oft die Duldung
154 dessen oder derer, die nicht als „normal“ gelten oder schon unten sind. Auch
155 geht es nicht darum, Menschen zu normalisieren. Stattdessen möchten wir im
156 Sinne einer antifaschistischen Praxis einen Raum schaffen, in dem diejenigen,
157 die es gewöhnt sind, Angst zu haben, sprechen und sein dürfen. Ebenso wie
158 diejenigen, die vielleicht keine Angst vor Diskriminierung haben müssen, da-
159 für aber oft die Freiheit aufgeben, nicht den Normen und Idealen gerecht zu
160 werden, die Tag für Tag von außen an sie herangetragen werden.

161 Wir wollen daher alle auffordern, sich in der gemeinsamen politischen Arbeit
162 so respektvoll und bewusst wie möglich zu verhalten, nicht, weil es um ein
163 moralisches Gebot geht, sondern um die Frage, welche Zukunft sich aus diesem
164 Umgang heraus gestalten lässt.

165 Wir hoffen mit dieser Analyse feministische Positionen im Verband zu stär-
166 ken und auf Einverständnis zu stoßen, das über eine einfache Parteinahme „für
167 Frauen“ hinausgeht.

168 Eine gemeinsame Diskussion um die Erarbeitung neuer Strategien und Me-
169 chanismen, die uns helfen können, emanzipatorische politische Positionen in
170 die Tat umzusetzen, steht dabei an aller erster Stelle.

171 Für die Arbeit der einzelnen Gremien und Ausschüsse wird der Ausschuss
172 frauen- und genderpolitik gebeten, einen Fragebogen zu entwickeln und zur
173 Verfügung zu stellen. An der Erstellung dieses Fragebogen sollen sich mög-
174 lichst viele Aktive beteiligen, um einen Fragenkatalog zu konzipieren, der die
175 Bedürfnisse des gesamten Verbandes möglichst gut wieder gibt.

AntragstellerInnen

Ausschuss frauen- und genderpolitik

57-7-I3-5

AntragstellerInnen: Daniel Janke

Gegenstand: 57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I3-5

- ¹ ersetze "Universitäten" durch "Hochschulen"

Begründung

Nicht nur Studierendenvertretungen von Universitäten sind Mitglied des fzs.

AntragstellerInnen

Daniel Janke

57-8-St1

AntragstellerInnen: Hochschulgruppe des demokratischen Sozialismus Uni Hannover

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Politische Schlagkraft des Verbands durch stärkere Einbringung der Mitglieder erhöhen!

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Die Mitgliederversammlung bittet die Mitglieder des fzs, ihre Unterstützung
- 3 der Verbandsarbeit, insbesondere der Tätigkeit der Ausschüsse und Arbeits-
- 4 kreise, zu erhöhen, indem
 - 5 1. das Engagement in den thematisch passenden Ausschüssen und Arbeits-
 - 6 kreisen des fzs als Teil der Tätigkeit von Referent*innen, Sachbearbei-
 - 7 ter*innen etc. in den Student*innenschaften wahrgenommen wird,
 - 8 2. ehemalige Referent*innen, Sachbearbeiter*innen etc. und weitere interes-
 - 9 sierte Student*innen materiell bei ihrem Engagement in den Ausschüssen
 - 10 und Arbeitskreisen unterstützt werden, so dass insbesondere Fahrtkosten
 - 11 regelmäßig von den Student*innenschaften getragen werden, und
 - 12 3. die Ausrichtung von Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise organi-
 - 13 satorisch und finanziell unterstützt wird,
 - 14 so dass, besonders im Hinblick auf die Ausschüsse, diese zukünftig möglichst
 - 15 die von der Satzung vorgesehene Stärke von zehn (aktiven) Personen haben
 - 16 und wie vorgesehen, dreimal im Semester tagen, um die konzeptionelle Arbeit
 - 17 zu einzelnen Politikbereichen voranzubringen.
 - 18 Die in den Ausschuss der Student*innenschaften gewählten Mitglieder mögen
 - 19 es als ihre Aufgabe betrachten, mit den Mitgliedern des Verbands in dieser

20 Angelegenheit regelmäßig in Kontakt zu bleiben und den Vorstand organisa-
21 torisch zu unterstützen.

Begründung

Um den Verband voranzubringen, sollte sich das Engagement der Mitglieder nicht im Zahlen der Beiträge und in der Teilnahme an Mitgliederversammlungen erschöpfen. Der fzs bildet in seiner Struktur eine Reihe Politikbereiche ab, die auch regelmäßig in den lokalen Student*innenschaften bearbeitet werden. Dennoch bleibt allzu häufig die Vernetzung über die eigene Hochschule hinaus auf ein gesondertes Referat oder eine ähnliche Stelle beschränkt, während in den übrigen inhaltlichen Bereichen vornehmlich lokal gearbeitet wird.

Dabei ergeben sich aus einem Engagement in den Strukturen des Verbandes Vorteile für beide Seiten: Die lokale Arbeit wird durch einen überregionalen Input bereichert und im Verband sind vermehrt thematisch interessierte Menschen aktiv.

Zwei Punkte sollen noch angesprochen werden:

- Dieser Antrag soll in keinem Fall das Engagement derjenigen schmälern, die sich z.T. seit vielen Jahren ehrenamtlich in den Ausschüssen und Arbeitskreisen betätigen und deren Arbeit in weiten Teilen getragen haben. Es wäre aber wünschenswert, diese inhaltliche Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen.
- Die drei Punkte des Antrags greifen ineinander, da bloß die Intensivierung des Engagements der Mitglieder in den Ausschüssen schnell an die Grenzen des Haushalts des Verbands stoßen würde. Die Kosten der Ausschussarbeit, Fahrtkosten und Ausrichtung der Sitzungen, werden auch jetzt schon regelmäßig von Student*innenschaften getragen.

Die Verstärkung der inhaltlichen Arbeit sollte als Möglichkeit wahrgenommen werden, neue Mitglieder (und ehemalige wieder) für den Verband zu begeistern, wodurch sich gleichsam politische Schlagkraft wie finanzielle Möglichkeiten verbessern würden.

Dabei sollte seitens der Mitglieder auch im Falle einer steigenden Mitgliederzahl mindestens mittelfristig eine finanzielle Beteiligung an der Arbeit der Ausschüsse und Arbeitskreise vorgesehen werden, damit im

57-8-St1 Politische Schlagkraft des Verbands durch stärkere Einbringung der Mitglieder erhöhen!

Haushalt des Verbands zunächst weitere Aspekte der inhaltlichen Arbeit wie Referent*innen- und Projektstellen oder Kampagnen gestärkt werden können.

AntragstellerInnen

Hochschulgruppe des demokratischen Sozialismus Uni Hannover

57-8-St2

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Genderbudgeting

- 1 Die Mitglieder des fzs setzen sich aktiv für die Frauenförderung in der (bun-
- 2 desweiten) Hochschulpolitik ein, indem sie Frauen motivieren als Aktive zu
- 3 Veranstaltungen zu fahren und ihnen die infrastrukturellen Möglichkeiten bie-
- 4 ten bzw. aktiv aufzeigen.
- 5 Der Vorstand, aber auch die Mitglieder des Verbandes, sind dazu aufgefordert,
- 6 den Referent*innen-Pool im internen Bereich der Webseite, nach vorheriger
- 7 Absprache mit den Referent*innen, zu aktualisieren.
- 8 Der Vorstand des fzs muss sich für die Auszahlung der Honorare der Refe-
- 9 rent*innen auf Veranstaltungen und Seminaren auf der Mitgliederversamm-
- 10 lung nach dem Kassenabschluss rechtfertigen, sofern diese nicht zu mindestens
- 11 50% an Frauen ging und eine schriftliche Stellungnahme hierzu dem Haus-
- 12 haltsabschluss beilegen.

Begründung

Die letzten Jahre der Analyse des Haushaltes und der Veranstaltungen ergaben bei den Ausschüssen eine Mitgliederquote von ca. 60% Männern und 40% Frauen. Wo im Jahr 13/14 die Teilnehmer*innen an Seminaren noch in etwa ausgeglichen waren, gab es dort 14/15 ebenfalls ca. 60% Männern und 40% Frauen. Ein noch etwas schlechteres Ergebnis der beiden Jahre ergab sich für die Teilnehmer*innen der Mitgliederversammlungen. Dort waren es nämlich nur 36% Frauen und 64% Männer. Nimmt man die Zahlen des statischen Bundesamtes, vertrat der Verband jedoch in beiden Jahren in etwa

gleich viele Frauen wie Männer. Diese Verteilung sollte auch auf den Veranstaltungen zustande kommen können und müssen. Es ist jedoch kein Wunder, dass die Ausschüsse nicht quotiert sind, wenn es die Mitgliederversammlung nicht schafft, selbst zu mindestens 50% aus Frauen zu bestehen. Dem muss aktiv entgegengewirkt werden!

Eine umfangreiche Sammlung an Kontaktdaten für Referent*innen, mit eventueller Themenspezialisierung, ist nicht nur für die Organisation der geschlechtergerechteren Verteilung der Ressourcen des Verbands von nützen, sondern kann auch den einzelnen Mitgliedern des Verbandes bei der Organisation von Seminaren helfen. Momentan ist es eine unsichtbare Arbeit der zuständigen Personen, die Referent*innen quotiert zu finden. Diese Arbeit würde schneller und effizienter werden, denn man fände Spezialist*innen auf ihrem bevorzugtem Gebiet im Pool direkt.

Es muss möglich sein, dass die Posten der Referent*innen für Veranstaltungen und Seminare zu mindestens 50% mit Frauen besetzt werden. Hierdurch ergibt sich automatisch eine geschlechtergerechte Bezahlung. Wenn dies nicht möglich sein sollte, sollte sich der Vorstand hierfür rechtfertigen und die Situation erklären müssen. Es muss nachgegangen werden, aus welchen Gründen dies geschehen ist, damit eine Problemlösung gesucht und gefunden werden kann.

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

57-8-St3

AntragstellerInnen: 55. AS

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung eines Arbeitskreises Politische Bildung

- 1 Die Mitgliederversammlung richtet einen Arbeitskreis Politische Bildung ein.
- 2 Dieser soll mehreren Zwecken zugleich dienen. Erstens sollen durch ihn Ver-
- 3 anstaltungsreisen koordiniert werden, wodurch für die einzelnen Mitglieder
- 4 der Organisationsaufwand reduziert wird, falls sie diese Veranstaltung an ih-
- 5 rer Universität durchführen möchten. Dadurch werden einige Veranstaltungen
- 6 überhaupt erst sinnvoll durchführbar, in dem etwa Reisekosten für internatio-
- 7 nale Flüge aufgeteilt werden können. Zweitens soll der Arbeitskreis auch dem
- 8 Austausch über das Thema dienen. Hier könnte sowohl über Theorie als auch
- 9 Praxis politischer Bildung gesprochen werden. Drittens soll auch der fzs in sei-
- 10 ner Arbeit unterstützt werden, indem der Arbeitskreis bei Bedarf zu Themen,
- 11 die nicht bereits von anderen Ausschüssen bearbeitet werden, Veranstaltungen
- 12 organisiert.

Begründung

Die politische Bildungsarbeit ist aus mehreren Gründen ein wichtiger Teil der studentischen Hochschulpolitik. Formal ist sie in mehreren Landeshochschulgesetzen verankert. Notwendig wird sie nicht zuletzt durch die völlige Vernachlässigung ihrer in dem akademischen Pflichtprogramm. Zwar werden fast überall einige Veranstaltungen durch politische Hochschulgruppen organisiert, doch diese dienen oft eher dem Wahlkampf als der politischen Bildung. Auch muss an dieser Stelle bedacht werden, dass Partei-Jugenden und parteipolitische Hochschulgruppen sowohl besseren Zugang zu finanziellen Mitteln, als auch zu prominenten Vortragenden haben.

Diesem strukturellen Mangel kann zwar durch engagierte Personen lokal entgegengewirkt werden, doch ist dies weder eine dauerhafte noch eine sinnvolle Lösung. Nur durch eine Struktur, welche gemeinschaftliche politische Bildungsarbeit ermöglicht und organisiert, kann das Problem, zumindest in dieser Epoche, gelöst werden.

Denn die neoliberale Selbstverwertungsgesellschaft muss, um Mehrwert zu produzieren, Humankapital bilden. Dieses Paradigma ist sowohl ihre Bedingung als auch ihr Schicksal, da es schließlich zur Überproduktion der akademischen Bildung führt. Dadurch verliert sie jedoch ihren akademischen, sprich: exklusiven, Charakter und wird zum Gemeingut. Dies beseitigt in dem spezifischen auch den allgemeinen Klassenunterschied. Der spezifische, welcher in dem akademischen Wissen liegt, ist die höchste Form des allgemeinen, der stets in der zweiten Natur der Herrschenden lag.

Diese Aufhebung wird jedoch von zwei Seiten bekämpft: Zum einen von jenen Herrschenden, welche diese Position vor ihr Kapitalinteresse stellen und daher die Produktion akademischen Wissens beschränken möchten; zum anderen von den Beherrschten, welche die Sicherheiten ihrer momentanen Form nicht aufzugeben bereit sind und daher ein Ressentiment gegen die Produktionsmittel entwickeln. Diese Gruppen haben sich teilweise schon als politische Partei formiert und gefährden nun den Fortschritt, der noch unter konservativer Regierung entstehen konnte.

In beiden Klassen sollten daher die Bedingungen zur Aufnahme akademischen Wissens hergestellt werden, wobei gleichzeitig der revolutionäre Charakter dieser Handlung für die Beherrschten hervorgehoben wird, sodass das notwendige Ende dieser Epoche eintritt, bevor sie sich ideologisch festsetzen kann.

Hierin liegt die historische Aufgabe der progressiven Studierendenschaft: Die Entwicklung der Produktivkräfte kritisch zu begleiten und voranzutreiben, bis sie die Klassengesellschaft als letzte Fessel sprengen muss.

AntragstellerInnen

55. Ausschuss der Student*innenschaften

57-8-St4

AntragstellerInnen: 55. AS

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Beitritt zum BdWi

1 Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
2 bezieht auf Kongressen, in wissenschaftlichen Publikationen und politischen
3 Stellungnahmen öffentlich Position zu Fragen von Wissenschaft, Forschung
4 und Hochschulentwicklung. Im BdWi haben sich etwa 1000 Student*innen und
5 Wissenschaftler*innen zusammengeschlossen. Sie alle verbindet ihr gemeinsa-
6 mes Interesse an einer emanzipatorischen Wissenschafts- und Bildungspolitik.
7 Deshalb war und ist der BdWi ein wichtiger Bündnispartner für den fzs.

8 Im Angesicht der anstehenden Herausforderungen in der Hochschul- und Wis-
9 senschaftspolitik, aber auch im Angesicht einer sich zuspitzenden gesamtgesell-
10 schaftlichen Auseinandersetzung, ist das Zusammenrücken emanzipatorischer
11 Verbände unabdingbar. Auch deshalb ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit
12 zwischen fzs und BdWi in Zukunft über gemeinsame Publikationen hinaus-
13 geht.

14 Der fzs tritt deshalb dem BdWi zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Förder-
15 mitglied bei und fordert seine Mitglieder aktiv auf, diesen wichtigen Schritt
16 ebenfalls zu vollziehen.

17 Die Mittel für diese Fördermitgliedschaft sind im Haushalt vorzuhalten.

AntragstellerInnen

55. Ausschuss der Student*innenschaften

57-8-St5

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung einer Arbeitsgruppe: Neufassung der Satzung

- 1 Die Mitgliederversammlung richtet eine Arbeitsgruppe zum Entwurf einer Neu-
- 2 fassung von Satzung und Ergänzungsordnungen ein.

- 3 Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe eine Neufassung von Satzung und Ordnun-
- 4 gen dahingehend zu entwerfen, dass in der Satzung nur zwingend notwendige
- 5 Inhalte verständlich, übersichtlich, nachvollziehbar und transparent geregelt
- 6 werden. Alle weiteren notwendigen oder gewollten Regelungen sollten in den
- 7 Entwürfen für Neufassungen der bestehenden Ordnungen Niederschlag finden
- 8 oder in neuen Ergänzungsordnungen verankert werden.

- 9 Darüber hinaus soll die Arbeitsgruppe im Rahmen der Entwicklung von Ent-
- 10 würfen zu Neufassung neben redaktionelle Änderungen auch inhaltliche Ände-
- 11 rungen vorschlagen, welche die Verbandspraxis widerspiegeln und bestehende
- 12 Widersprüche zwischen Satzung und Ordnungen aufheben.

- 13 Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden zur nächsten ordentlichen Mitglie-
- 14 derversammlung als entsprechende Anträge eingereicht.

- 15 Die Arbeitsgruppe besteht aus bis zu vier Personen, wobei mindestens die
- 16 Hälfte Frauen sein müssen. Der 57. Ausschuss der Student*innenschaften wählt
- 17 auf seiner ersten Sitzung die Mitglieder der Arbeitsgruppe.

- 18 Die Koordination der Arbeitsgruppe übernimmt der Vorstand.

Begründung

Wie unter anderem auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung im Zusammenhang mit der Neufassung einzelner Paragraphen der Satzung bereits angemerkt wurde, regelt die Satzung des fzs diverse Aspekte, welche aus juristischer Perspektive nicht zwingend in dieser verankert sein müssten.

Um die Satzung und Ordnungen des Verbandes für Mitglieder, Neumitglieder, Verbandsaktive, Interessierte und Außenstehende transparenter, nachvollziehbarer, verständlicher und übersichtlicher zu gestalten; Widersprüche aufzulösen und die getroffenen Regelungen an die Verbandspraxis anzupassen, halten wir eine Neufassung für dringend notwendig.

Wir erhoffen uns, somit die Anwendbarkeit deutlich zu erleichtern und durch den Transfer von bisherigen Inhalten der Satzung in Ergänzungsordnungen die Flexibilität zur zukünftigen Anpassung an die sich stetig verändernde Verbandspraxis zu verbessern.

AntragstellerInnen

Vorstand

57-9-1-SÄ1

AntragstellerInnen: Leonard v. Woedtke

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Änderungsantrag zu § 2 der Satzung des fsz

- 1 Füge in § 2 Abs. 6 der Satzung nach
- 2 “[...] und sexistische Positionen [...]“
- 3 folgendes ein:
- 4 “sowie gegen andere verfassungsfeindliche Positionen“.

Begründung

Der Katalog der in § 2 Abs. 6 der Satzung genannten Positionen ist (noch) nicht abschließend. Mit der neuen Formulierung wendet sich der fzs gegen alle verfassungsfeindlichen Positionen und nicht nur gegen die bereits erwähnten.

Als „verfassungsfeindliche Positionen“ sind dabei solche Positionen anzusehen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen.

AntragstellerInnen

Leonard v. Woedtke (AStA Uni Konstanz)

57-9-2-GO1

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Anpassung der Redeliste an die Vereinspraxis

- 1 Ersetze §8 der Geschäftsordnung durch:
- 2 (1) Die Sitzungsleitung führt zwei getrennte Redelisten. Die erste Redeliste ist
3 Frauen* vorbehalten. Die Zweite steht allen Menschen offen.
- 4 (2) Die Sitzungsleitung erteilt abwechselnd einer Person der ersten und der
5 zweiten Liste das Wort (Listenquotierung). Dabei werden Wortmeldungen von
6 Personen bevorzugt, die sich erstmalig zu Wort melden (Erstquotierung). Sollte
7 der letzte Redebeitrag zurück gezogen werden, folgt die nächste Person der
8 jeweiligen Liste. Die Listenquotierung bleibt davon unberührt.
- 9 (3) Ist die erste Redeliste leer und gibt es nach Aufforderung durch die Sit-
10 zungsleitung keine weitere Meldung für diese, so wird ein letzter Redebeitrag
11 von der zweiten Redelisten zugelassen. Ist die zweite Redeliste erschöpft und
12 auf der ersten Redeliste befinden sich noch Wortmeldungen, so werden die-
13 se unter Beachtung der Erstquotierung abgearbeitet. Erfolgen in dieser Zeit
14 Wortmeldungen für die zweite Redeliste, werden alle Wortmeldungen wieder
15 entsprechend der Listen und Erst- und Listenquotierung abgearbeitet.
- 16 (4) Personen, die Anträge einbringen, und Berichterstatter*innen werden bei
17 inhaltlichen Nachfragen nach Wortmeldung vorgezogen. Die Listenquotierung
18 bleibt davon unberührt.
- 19 (5) Sind beide Redelisten erschöpft und gibt es nach Aufforderung durch die
20 Sitzungsleitung keine weitere Wortmeldung sind die Redelisten geschlossen und
21 die Aussprache bzw. Debatte grundsätzlich beendet.

22 (6) Wenn die Listen geschlossen sind, kann eine Person, die noch reden möch-
23 te, aber nicht mehr reden darf, die Wiederöffnung der Redelisten beantragen.
24 Dieser Antrag muss von der Mehrheit der anwesenden Frauen* angenommen
25 werden und darf höchstens zwei Mal im Verlauf einer Debatte gestellt wer-
26 den.

27 (7) Auf Antrag des Frauen*-, des Queerplenums oder eines Plenums nach An-
28 tidiskriminierungsvorschrift kann mit 2/3 Mehrheit der anwesenden eintrage-
29 berechtigten Personen auf der ersten Redeliste die erste Redeliste für weitere
30 benachteiligte Gruppen im Sinne der Antidiskriminierungsvorschrift geöffnet
31 werden.

Begründung

Diese Änderung der Geschäftsordnung dient der Anpassung der harmonischen Redeliste an die Vereinspraxis. Die Förderung von Redebeiträgen durch Frauen wird durch die beantragte Fassung eher erreicht als durch die bisheriger Formulierung.

Außerdem dient die Änderung der Klärung, wie mit Personen umgegangen werden soll, die berichten oder Anträge einbringen. Durch die beantragte Fassung wird es leichter, bei Erhalt der Listenquotierung, Rückfragen zu Anträgen und Berichten zeitnah zu beantworten. Bisher können sehr viele Redebeiträge zwischen einer Rückfrage und einer Antwort liegen. In der beantragten Form liegen zwischen der Rückfrage und der Antwort darauf nur noch maximal ein Redebeitrag. Außerdem werden so die Redebeiträge der Berichterstatter*innen bzw. Antragsteller*innen kürzer gehalten, da sie nicht mehr auf angesammelte Fragen antworten müssen.

AntragstellerInnen

Vorstand